Freitag, 23. Februar 1923. Einzelnummer 150 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 45.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 120.— M
Reklameteil 360.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M. / „ Reklameteil 360.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Poincarés Politik und Clemenceau.

In Paris herrscht Verwirrung. Der Präsident der Republik, Millerand, ist sehr enttäuscht von dem Mißerfolg im Ruhrgebiet und der Ministerpräsident Poincaré entzieht sich der Öffentlichkeit, offenbar, weil ihm die katastrophale Lage, in die der Staat mehr und mehr hineingleitet, Mut und Haltung raubt. Dazu kommt noch die offene Mißbilligung Englands und der Angriff Bonar Laws, der Poincaré vor versammeltem Unterhaus unaufrichtig nannte, ferner der Bergarbeiterstreik in Frankreich, der mehr und mehr an Umfang zunimmt.

Deutschland hat, als es die für Reparationszwecke gesammelten Devisen auf den Markt warf, um dem Kurs der deutschen Mark aufzuhelfen, die Schiffe hinter sich verbrannt. Es gibt für das deutsche Volk keine Wahl mehr: heldenmütiger passiver Widerstand bis zum Letzten ist die einzige Möglichkeit. Ehe nicht Frankreich das Ruhrgebiet wieder verlassen hat, sind keine Verhandlungen möglich. Daß Deutschland fest bleiben wird, dafür bürgt die unerschütterliche Einigkeit aller Schichten des deutschen Volkes, dafür bürgt die große Opferwilligkeit der Deutschen im Reich und im Ausland, die solidarische und tatkräftige Unterstützung der deutschen Bergarbeiter durch ihre ausländischen Genossen, endlich vor allem die moralische Rückendeckung, die die maßgebenden Blätter und der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in fast allen Ländern Deutschland bei seinem Widerstande gewähren.

Wie lange gedenkt denn Frankreich seine Aktion durchzuhalten? Eine solche Besetzung kostet doch Geld und Geld und nochmals Geld. Deutschland liefert und zahlt nichts mehr. Frankreich entbehrt die Lieferungen aufs schmerzlichste. Und dabei soll es noch die Kosten der Besetzung von sich aus aufbringen. Diese hat der französische Finanzminister de Lasteyrie auf 45 Millionen Franken monatlich beziffert. Und ein französisches Blatt hat dazu bemerkt, daß diese Zahl offenbar erheblich zu niedrig gegriffen sei die Kosten der Ruhrbesetzung auf ein Jahr müßten heute auf 750 Millionen Franken geschätzt werden. Der ganze ökonomische Wahnsinn der Ruhrbesetzung erhellt aus diesen Zahlen. Die gesamten deutschen Verfehlungen bei den Lieferungen von Kohle und Holz, die als Vorwand für den Einbruch in das Ruhrgebiet herhalten mußten, sind auf 27 Millionen Goldmark beziffert worden. Auch bei dem zeitweiligen Stande des französischen Franken werden danach allein die militärischen Kosten der Besetzung schon in zwei bis drei Monaten mehr verschlingen, als diese ganzen deutschen Rückstände betrugen. Und dabei sind diese militärischen Ausgaben keineswegs das einzige, und nicht einmal das größte Opfer, das Frankreich seinen politischen und wirtschaftlichen imperialistischen Plänen bringt. Von der neuen wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands ganz abgesehen, die seine Fähigkeit zur Leistung von Reparationen auf lange Zeit tief herabdrückt, ist es schon der Ausfall der Kohlenlieferungen, der Frankreich gewaltige Verluste zufügt, direkt, weil es diese Kohlenlieferungen nicht mehr erhält, und indirekt durch die Lahmlegung der lothringischen Eisenindustrie, die daraus folgt.

Die deutschen Zwangslieferungen an Kohle haben nach der „Frankf. Ztg." betragen: von September 1919 bis März 1920 = 4,04 Millionen Tonnen, von April 1920 bis März 1921 = 17,44 Millionen Tonnen, von April 1921 bis März 1922 = 17,28 Millionen Tonnen.

Das sind gewiß Leistungen von einer Größe, die der von der französischen Propaganda immer wieder verbreiteten Behauptung, daß Deutschland bisher eigentlich überhaupt nichts geleistet habe, wahrhaftig keine Unterlage bietet. Und es ist nicht Deutschlands Schuld, wenn diese großen deutschen Kohlenlieferungen für die Gesamtsumme der Reparationszahlungen nicht stärker ins Gewicht fielen, der Grund dafür ist vielmehr der, daß die Franzosen dank der ausgeklügelten Bestimmungen des Versailler Vertrages die Anrechnung der Kohlenlieferungen weit unter ihrem wirklichen Werte durchsetzen konnten. Im Leitartikel von Nr. 17 des „Pos. Tagebl." wurde bereits darauf hingewiesen, daß die französische Regierung durch den Verkauf der deutschen Kohle eine weit größere Summe erzielte, als von ihr Deutschland gutgeschrieben wurde. Der Franzose Delaisi hat festgestellt daß für die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich bis Ende Februar 1922 die Gutschriften bei der Reparationskommission 1 489 288 000 Franks betrugen, während die französische Regierung dafür 2 633 263 000 Franks erlöste, so daß sie also noch einen Sondergewinn von 1,13 Milliarden Franken erzielte. Nach der Berechnung des Finanzministers de Lasteyrie handelt es sich sogar um einen Mehrgewinn von 1,61 Milliarden Franks.

Nach französischen Berechnungen hat das deutsche Lieferungssoll in den ersten 11 Monaten 1922 13,8 Millionen Tonnen betragen, die tatsächlichen Lieferungen 11,7 Millionen Tonnen. Nach den deutschen Anschreibungen sind die Rückstände noch wesentlich geringer: Im Dezember, also in dem der Feststellung der deutschen Verfehlung unmittelbar vorausgegangenen Monat, hat Deutschland von einer Pflichtlieferung von 1 600 000 Tonnen tatsächlich 1,5 5400 Tonnen abgeliefert, so daß also alles in allem der lächerliche Betrag von 14 000 Tonnen fehlte. Berechnung der „Frankf. Ztg.").

Es kann auch gar nicht etwa die Rede davon sein, daß diese Rückstände auf irgendeiner Nachlässigkeit deutscherseits beruhten. Vielmehr scheint Frankreich absichtlich diese Verfehlungen durch seine Schikanen herbeigeführt zu haben. Im englischen Unterhause hat der Arbeiterführer Tomhaw ausgeführt, nach seinen bei einem Besuch im Ruhrgebiet persönlich gemachten Feststellungen seien diese Rückstände größtenteils auf die Tatsache zurückzuführen, daß Frankreich selbst einen Teil der angebotenen Kohle mit der Begründung zurückgewiesen hat, daß die Qualität nicht gut genug sei. Das wird jetzt, wie die „Frankf. Ztg." vom 16. Februar (Morgenblatt) berichtet auch von verschiedenen industriellen Stellen Deutschlands erklärt. Man hat in diesen Kreisen geradezu den Eindruck, daß die französische Regierung den dringendsten Wunsch gehabt habe, daß Deutschland bei den Kohlenlieferungen zu einer Verfehlung komme, und daß die Haltung der französischen Industriellen, denen die Kohle zu liefern war, dem höchst wirksam entsprochen habe. Die Ablehnung gelieferter Kohle wegen angeblich zu geringer Qualität, die Ablehnung gelieferter Sorten, die Anforderung anderer Sorten und ähnliche Beanstandungen unter den verschiedensten Vorwänden hätten sich gerade in den letzten Monaten ganz überraschend gehäuft. Auf die dadurch hervorgerufenen Zurücksendungen und Verzögerungen sei die deutsche Verfehlung allein zurückzuführen — ohne ein solches übelwollendes Verhalten der französischen Abnehmer hätte die deutsche Lieferung tatsächlich der deutschen Verpflichtung voll entsprochen.

Der schlechte Wille der französischen Rüstungsindustriellen, der Herren vom „Comité des forges", deren frühere Rechtskonsulenten und jetzige geschobene Puppen die Würdenträger Frankreichs — Millerand, Poincaré usw. — sind, liegt klar zu Tage. Man wollte wieder einmal die Armee ins Feld schicken, damit die Kanonen, Tanks, Panzerautos usw. wieder abgenutzt und erneuerungsbedürftig würden und die Rüstungsindustrie neue Aufträge bekäme. Gleichzeitig wollte man zu dem Eisen, das man hat, auch die Kohle hinzutun, die man haben möchte und so die wirtschaftliche Welthegemonie Frankreichs, der die militärisch-politische folgen soll, aufrichten.

Der erste politische Schritt dazu wäre die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland. Dies Programm ist bekannt, Marschall Foch und Poincaré sind seine Hauptvertreter. Lloyd George hat es nach seinem Rücktritt in einem leidenschaftlichen Aufsatz angegriffen und bekämpft. Auch Bonar Law ist jetzt zu der Einsicht gelangt, daß Poincaré

Die polnisch-litauische Grenze.

Die Notwendigkeit der endgültigen Festsetzung der Grenze.

Polnische Blätter melden:

Angesichts der tendenziösen Informationen, die von der litauischen Regierung über eine angeblich agressive Haltung Polens verbreitet werden, und angesichts des durch die dauernden Provokationen seitens Litauens bedingten Ernstes der Lage hat der polnische Gesandte in Paris Zamoyski die Botschafter der alliierten Mächte darauf aufmerksam gemacht, daß jede neue Verzögerung in der Festlegung der Grenzen Polens den Frieden gefährde und Litauen ermuntern könne, ähnlich vorzugehen, wie in der Memeler Frage.

Abreise des Chefs der englischen Militärmission aus der neutralen Zone.

Am Dienstag hatte die Ostagentur die Meldung gebracht, daß sich der Chef der englischen Militärmission, General Carton de Wiard, nach dem Dorfe Wołowo (in der neutralen Zone) begeben habe das von den polnischen Behörden geräumt werden mußte, und daß von der Zeit an nichts von ihm zu hören war. Wie jetzt verlautet ist General Carton de Wiard in Königsberg eingetroffen, von wo er sich sofort über Danzig nach Warschau begeben hat. Der General wird sich wahrscheinlich von Wołowo aus nach Kowno begeben haben, und dann weiter nach Königsberg gereist sein.

Die Entscheidung über Memel.

Der Wortlaut der Entscheidung.

Die Entscheidung des Sonderausschusses der Botschafterkonferenz über das Memeler Gebiet hat in ihrem Hauptteil

folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß nach den Bestimmungen des Abschnitts 10 (Memel) Artikel 99 des genannten Vertrages abgemacht worden ist: Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Titel auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der in Artikel 28 des zweiten Teiles (Grenze Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages umschriebenen Nordostgrenze Ostpreußens und den ehemaligen Grenzen zwischen Deutschland und Rußland. Deutschland verpflichtet sich, die Verfügungen anzuerkennen, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte bezüglich dieser Gebiete treffen werden, besonders hinsichtlich der Nationalität der Einwohner;

in Erwägung, daß Memel und die Nachbargegend von Deutschland losgelöst worden sind auf Grund der völkischen und wirtschaftlichen Bande, die sie mit den litauischen Gebieten verbinden;

in Erwägung, daß bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages das Statut der litauischen Gebiete in verschiedenen bestimmten Punkten noch nicht endgültig war und die litauische Republik am 20. Dezember 1922 anerkannt worden ist, daß also nunmehr verstattet ist, zwischen dem Memelgebiet und Litauen eine Verbindung zu bekräftigen, welcher heute nichts mehr entgegensteht;

in Erwägung immerhin, daß das Memelgebiet und Litauen bis heute getrennt waren und beide für sich einer verschiedenen Souveränität und Regierung unterstellt waren, daß es infolgedessen erforderlich ist, das genannte Gebiet mit einer autonomen Verwaltung und einer Volksvertretung zu versehen, während ihr gleichzeitig Einrichtungen verliehen werden, welche den modernen Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen allen Einwohnern, welches auch ihre Rasse, ihre Sprache und ihre Religion sein möge, sowie der Gleichbehandlung zwischen Staatsangehörigen und Ausländern hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen und Handelsrechte in Rechnung ziehen;

in Erwägung, daß die Gegend von Memel in wirtschaftlicher Hinsicht das Ausfalltor der benachbarten litauischen und polnischen Gegenden ist, und daß es notwendig ist, zu Nutzen dieser Gegenden die Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Wasser- und Landwege zu organisieren gemäß dem in Artikel 23 des Völkerbundpaktes und in den Bestimmungen des Kapitels 3 des Teiles 12 (Häfen, Wasserwege, Bahnstrecken des Vertrages von Versailles betreffend den Memelstrom bekräftigten Grundsatz;

in Erwägung, daß gemäß der bisher verfolgten Praxis für die von Deutschland abgetrennten Gebiete es billig ist, zu Lasten des Gebietes und der erwerbenden Macht die Kosten zu lassen, welche entstanden sind infolge des Verzichtes Deutschlands auf seine Souveränität, der Verwaltung und der Besetzung des genannten Gebietes, daß es angebracht ist, die Anwendung der Artikel 254 und 256 des Versailler Vertrages bezüglich der sich für die erwerbende Macht aus dem Erwerb des von Deutschland losgelösten Gebietes ergebenden Lasten zu sichern:

Litauen die Souveränität über das Memelgebiet unter nachstehenden Bedingungen zu übertragen:

1. Verzicht zugunsten Litauens auf alle Rechte und Titel auf das Gebiet, wie sie in Artikel 99 des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 umschrieben sind.

2. Einrichtung im Memelgebiet einer autonomen Regierung und einer Volksvertretung sowie von Institutionen, welche mit der amtlichen Anerkennung der beiden in Gebrauch befindlichen Sprachen den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Einwohnern, welches auch ihre Rasse, ihre Sprache und Religion sein würde, und Gleichbehandlung zwischen Landesangehörigen und Ausländern hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und des Handels respektieren.

3. Organisationen der Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Wasser- und Landwege in einer Weise, welche den Interessen der litauischen und polnischen Gegenden Rechnung trägt, deren natürlicher Mündungspunkt Memel ist, und Schaffung einer autonomen Verwaltung des Memelgebiets, die seiner Entwicklung angepaßt ist und welche besonders durch die Einrichtung einer Freizone und durch die Anwesenheit qualifizierter Vertreter jede Gewähr gibt, daß die genannten interessierten Gegenden Litauens und Polens in diesem Hafen die für ihren Handel erforderlichen Einrichtungen finden werden.

4. Rückerstattung durch das Memelgebiet unter Garantie Litauens der vom Chef seiner Verwaltung und seiner Besetzung vorgeschlagenen und noch nicht gedeckten Ausgaben.

5. Übertragung an Litauen oder an das Gebiet aller Güter und Besitzungen, welche dem Reich oder einem anderen deutschen Staat in dem genannten Gebiete gehörten, indem Litauen in seinem Namen oder im Namen des Gebietes die von den Artikeln 254 und 256 des Versailler Vertrages vorgesehenen Lasten auf sich nehmen muß.

6. Sobald durch Litauen die Souveränität über das Gebiet unter den oben angeführten Bedingungen angenommen worden ist, Ausarbeitung in Paris durch die Botschafterkonferenz mit Beihilfe der Vertreter Litauens und der interessierten Gebiete eines organischen Statuts des Memelgebiets und Abschluß eines Abkommens mit Litauen gemäß der gegenwärtigen Entscheidung."

Die Haltung der Memeler Regierung.

Die Memeler Regierung hat der Botschafterkonferenz mitgeteilt, daß sie ihre Entscheidung annimmt und Vertreter nach Paris entsenden wird, die dort mit Vertretern Polens die Frage des Transits durch das Memeler Gebiet und die Benutzung des Memeler Hafens besprechen sollen.

Der Standpunkt der Memeler Deutschen

zu der gegenwärtigen Lage kommt in folgenden Worten der „Königsberger Hartungschen Zeitung" zum Ausdruck:

„Unsere Stellung zu Litauen wird durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz nicht beeinflußt; beeinflußt ist sie durch den Einbruch der Litauer ins Memelgebiet und durch die großlitauische nationalistische Agitation, die in törichter Weise für eine Entdeutschung des Memelgebietes eintrat. Oberpräsident Siehr hat das in seiner Rede im „Demokratischen Klub" in Berlin mit Recht betont, und er hat in völliger Übereinstimmung mit der gesamten ostpreußischen Bevölkerung auch Verständnis dafür gezeigt, daß für Litauen der Zugang zum Meere, also die Mitbenutzung des Memeler Hafens eine Lebensfrage ist, die jedoch im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete in anderer Weise als durch gewaltsamen Einbruch gelöst werden mußte. Auch hier hat sich französischer Einfluß, das Interesse Frankreich an einem Gegensatz zwischen Deutschland und Litauen erfolgreich geltend gemacht. Die Schuld liegt im wesentlichen an Frankreich, das die litauischen Aspirationen auf das Memelgebiet ermutigt und die großlitauische Agitation geduldet und begünstigt hat. Wenn wir uns jedoch heute in eine Kampfstimmung gegen Litauen drängen ließen, würden wir damit nur den französischen Wünschen und Plänen in die Hände arbeiten. Gerade weil wir in der Entscheidung der Botschafterkonferenz kein Definitivum sehen, können wir die Dinge ruhig und nüchtern betrachten."

in Wahrheit dies Programm vertritt und unaufrichtig ist, wenn er etwas anderes vorgibt.

Ein Franzose, von dem man es nicht erwarten sollte, war Gegner dieses Programms: Georges Clémenceau. Die „Leipz. N. Nachr." verbreiten sich im Leitaufsatz ihrer Sonntagnummer über die Stellungnahme des „Tigers". In seiner großen Kammerrede vom 25. September 1919*) über den Vertrag von Versailles erklärte Clémenceau, die Rheingrenze und die Annexion des linken Rheinufers für unzweckmäßig. Er machte einmal darauf aufmerksam, daß der Rhein als Grenze von zweifelhaftem Werte sei — 1813/14 habe Napoleon es nicht hindern können, daß er an drei Stellen zugleich kampflos überschritten wurde — und dann sei es ein Mißstand, daß diese Grenze mitten in Deutschland liege. Clémenceau wollte die Grenze sichern durch den Schutzvertrag mit England und Amerika, den diese Staaten Poincaré nicht bewilligen wollten. Für diesen Garantievertrag wollte der deutsche Reichskanzler Cuno mehr als vollwichtigen Ersatz bieten, indem er einen mindestens 30jährigen Verzicht auf jeden Angriffskrieg unter Bürgschaft Amerikas vorschlug. Diesen Vorschlag aber lehnte Poincaré bekanntlich ab, eben deshalb, weil er Clémenceaus Gründe gegen eine Raubpolitik auf deutschem Boden im Stile Ludwigs XIV. nicht anerkennen will. Clémenceau, der — so schreiben die „Lpz. N. N." — ein Mann war, was immer er sonst gewesen sein mag, fertigte die feige Sorge um die Sicherung der Beute ab mit den Worten: „Es hat Länder gegeben, die schlechte Grenzen hatten und Sieger blieben, und andere, die vorzügliche Grenzen hatten und geschlagen wurden."

Ferner beschäftigte sich Clémenceau in einer Rede vor dem Senat vom 11. Oktober 1919 mit der Frage der deutschen Einheit, die man nach der Meinung mancher Franzosen aus Gründen der „Sicherheit" hätte zerstören müssen. „Die Einheit ruht nicht in den Protokollen der Diplomaten, sie ruht in den Herzen der Menschen. Was soll ich Ihnen noch weiter sagen? Es handelt sich ja dort um 60 Millionen Menschen, mit denen wir uns abfinden müssen (dont il faut nous accomoder). Ich weiß nicht, was man in alter Zeit mit ihnen angefangen hätte. Selbst die Römer haben ihr Schwert schartig drangeschlagen. Wir werden uns in kein solches Unternehmen einlassen. Wir wollen ihre Freiheit achten, wir wollen aber auch die nötigen Vorsichtsmaßregeln treffen, damit sie die unsrige achten. (Sehr gut! Beifall). In ihr Land einrücken, Deutschland erobern wie Napoleon Spanien erobert hat, dieser Gedanke darf uns überhaupt nicht kommen. Es gibt nur eine wirklich gute Grenze; das ist der feste, stetige, unerschütterliche Wille der Männer, die die Berge, Flüsse und Meere bewachen." (Sehr gut!)

Der große Deutschenhasser Clémenceau hatte also über Frankreichs Politik gegenüber Deutschland weit vernünftigere und gesündere Ansichten als die Kreaturen des „Comité des forges", die heute regieren. Die Deutschen werden, seiner Mahnung entsprechend, mit festem, unerschütterlichem Willen ihr Land auch ohne Anwendung von Waffengewalt gegen die Willkür des Nachbars verteidigen. An diesem festen Willen wird Poincarés Vorhaben scheitern.

*) Siehe: Der „Tiger". Die Kriegsreden Georges Clémenceaus. Dt. Verlagsgesellsch. f. Politik und Geschichte Berlin 1921.

Republik Polen.

Gegen den Sejmabgeordneten Kurt Graebe

ist, wie die polnische Presse meldet, Anklage erhoben worden wegen angeblicher Organisierung einer staatsfeindlichen Aktion zum Zweck der Losreißung der Westgebiete von der Republik Polen in den Jahren 1919 und 1920. Die zweite Strafkammer des Posener Bezirksgerichts hat die Akten der Staatsanwaltschaft zurückgereicht zum Zweck ihrer Uebersendung an den Sejmmarschall und Beantragung der Aufhebung der Immunität des Abg. Graebe.

Das gegenwärtige Existenzminimum.

In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses wurde der Entwurf für das neue Einkommensteuergesetz erörtert. Das Existenzminimum ist auf zwei Millionen festgesetzt worden. Der Prozentsatz beginnt bei 2 Millionen mit 2 v. H. und erreicht bei einem Einkommen von 115 Millionen 25 v. H. Bei einem reinen Einkommen von 2 Millionen soll eine 0,3%ige Steuer erhoben werden, bei 50 Millionen eine 11%ige. Ein anderer Artikel der Novelle sieht die Angleichung der Steuer an den Roggenpreis vor.

Die künftige Einkommensteuer.

In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses wurde bei der Besprechung der Novelle für die Einkommensteuer beantragt, alle diejenigen von der Steuer zu befreien, die weniger als 600 000 Mark monatliches Einkommen beziehen. Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein zweiter Antrag, vom 1. April dieses Jahres diejenigen Steuerzahler, die weniger als 250 000 Mark Gehalt haben, von der Steuer zu befreien, angenommen. Abg. Goscicki brachte eine Entschließung ein, durch die der Finanzminister aufgefordert wird, den Finanzbeamten Weisungen hinsichtlich der strikten Innehaltung des Art. 63 des Gesetzes vom 16. Juli 1920 zu geben. Der genannte Artikel verbietet eine willkürliche Berichtigung der Steuererklärung des Steuerzahlers.

Ein in der vorhergehender Sitzung gestellter Antrag der Volkspartei, die Landwirte die weniger als 30 Hektar Boden besitzen, von der Einkommensteuer zu befreien, erlangte die erforderliche Mehrheit. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Neue Eisenbahntariferhöhungen.

Mit Rücksicht darauf daß sich der Dollar seit Anfang November vorigen Jahres von 1450 auf 35 000 und der Preis für den Scheffel Weizen von 22 000 auf 120 000 gehoben hat, hatte das Eisenbahnministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Ministerium für Handel und Industrie eine 100%ige Erhöhung des Gütertarifes vom 1. März an beantragt. Der Staatseisenbahnrat billigt die Erhöhung in seiner Sitzung vom 10. Februar. Durch die weitere gewaltige Verteuerung sämtlicher Artikel und somit auch des Eisenbahnbetriebes hat sich das Eisenbahnministerium gezwungen gesehen, auch für den Personen- und Gepäcktarif eine 100%ige Erhöhung vom 1. März zu beantragen.

Roggenausfuhr und Zuckerausfuhr.

Die Regierung hat, um eine weitere Erhöhung des Roggenpreises zu verhindern, ein Ausfuhrverbot für Roggen, der für die Bezahlung künstlichen Düngers bestimmt ist, ausgegeben. Dagegen hat sie sich an die Zuckerfabrikanten um eine bestimmte Menge von Zucker für die Ausfuhr gewandt. Die Zuckerfabrikanten haben der Regierung 15 000 Tonnen Zucker zur Verfügung gestellt. Nach den letzten Berechnungen sollen ungefähr 120 000 Tonnen für die Ausfuhr vorhanden sein. Da diese Berechnungen vielleicht allzu optimistisch sind, hat die Regierung nur 800 0 Tonnen für die Ausfuhr freigegeben, wodurch aber eine Erhöhung des Zuckerpreises nicht bedingt ist, da die Rübenpflanzer ihren Bedarf für viele Monate gedeckt haben und einige Zuckerfabriken über genügende Vorräte bis zur nächsten Kampagne verfügen.

Die Verkehrssicherheit auf den Eisenbahnen.

Die Konferenz über die Verkehrssicherheit auf den Eisenbahnen hat zwei Ursachen für Eisenbahnunfälle festgestellt: Es sind dies: 1. Der Mangel an Schutzvorrichtungen, 2. die ungenügende Ausbildung des Betriebspersonals.

Das Eisenbahnministerium beabsichtigt eine strenge Betriebskontrolle mit Hilfe von Betriebsrevisoren und Kontrolleuren zu handhaben. Außerdem wird es Kurse für Betriebsleiter organisieren.

Pilsudski reist nach Lettland.

Wie die lettische Presse meldet, wird im Mai dieses Jahres Marschall Pilsudski als Gast in Lettland erwartet. Es handelt sich um die Erwiderung eines Besuches, den im vergangenen Jahr der Chef des lettischen Generalstabes der polnischen Regierung machte.

Personalveränderungen bei den obersten Behörden.

Herr Straßburger, bisher Vizeminister des Handels, wurde zum Vizeminister des Auswärtigen ernannt.

Eine geheimnisvolle Bombe.

Im Keller des Warschauer Universitätsgebäudes wurde eine Bombe ohne Zünder gefunden.

Der Sohn des Justizministers Makowski

hat Selbstmord verübt.

Die Wahl des Schulzen und der Schöffen.

Die wichtigsten Bestimmungen, die bei der Wahl des Schulzen und der Schöffen der Landgemeinden im ehemals preußischen Teilgebiet Polens zu beachten sind, sind enthalten in der am 25. März 1920 erlassenen „Instruktion über die Art der Durchführung der Wahlen in den Landgemeinden". Es kommen in erster Linie die Artikel 1—3 dieser Instruktion in Betracht. Sie lauten:

Art. 1.

Jeder Schulze (bei den ersten Wahlen der vom Starost ernannte Wahlkommissar) fertigt sofort eine Liste aller Gemeindeglieder, sowohl Männer, wie Frauen, an, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Augenblick der Auslegung der Liste mindestens seit 12 Monaten innerhalb der Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben.

Gemeindeglied kann nur ein polnischer Staatsbürger sein.

Art. 2.

Das polnische Staatsbürgerrecht besitzt jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, des Alters, des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität, die in den Grenzen des polnischen Staates seßhaft (osiedlona) ist, soweit ihr nicht das Staatsbürgerrecht eines fremden Staates zusteht.

Unter diesen Personen sind zu unterscheiden:

1. Personen, die im ehemals preußischen Teilgebiete wohnhaft sind,

2. Personen, die im Gebiete des ehemaligen Kongreßpolens wohnhaft sind,

3. Personen, die im Gebiete wohnhaft sind, welches vorher einen Bestandteil des österreichisch-ungarischen Staates bildete.

Was die Personen unter 1 anbetrifft, sind zu unterscheiden diejenigen, welche schon vor dem 1. Januar 1908 ihren ständigen Wohnsitz in diesem Gebiete hatten, von denen, die erst nach diesem Tage sich hier ansiedelten.

Die ersteren sind polnische Staatsbürger ohne Vorbehalt, sofern sie nicht von dem ihnen zustehenden Optionsrecht Gebrauch gemacht haben, die zweiten nur dann, wenn ihnen das polnische Staatsbürgerrecht verliehen wurde, oder wenn sie polnischer Abstammung sind und das Staatsbürgerrecht durch eine entsprechende Erklärung im Sinne des Art. 3 des Gesetzes über das Staatsbürgerrecht erwerben. Dieser Artikel lautet: Bürger fremder Staaten, die polnischer Abstammung sind, sowie ihre Nachkommen werden als polnische Staatsbürger anerkannt, wenn sie nach der Rückkehr in den polnischen Staat bei der Verwaltungsbehörde ihres Wohnortes Beweise ihrer polnischen Abstammung erbringen und erklären, daß sie polnische Staatsbürger sein wollen und auf das fremde Staatsbürgerrecht verzichten.

Bezüglich der Personen zu 2 haben das polnische Staatsbürgerrecht diejenigen, die in die Bücher der ständigen Bevölkerung des Königreichs Polen eingetragen sind oder das Recht haben, eingetragen zu werden.

In bezug auf Personen zu 3 haben diejenigen das polnische Staatsbürgerrecht, die einer der Gemeinden des Gebietes des polnischen Staates angehören, welches vorher einen Bestandteil des österreichisch-ungarischen Staates bildete.

Weiter ist polnischer Staatsbürger diejenige Person, welche im Gebiete des polnischen Staates geboren ist, soweit ihr nicht das Bürgerrecht eines fremden Staates zusteht.

Auch eine Ausländerin, die an einen Bürger des polnischen Staates verheiratet ist, ist Bürgerin des polnischen Staates.

Art. 3.

Die Liste der Gemeindeglieder legt der Schulze am 15. Januar (bei den ersten Wahlen der vom Starost ernannte Wahlkommissar am 15. Mai) zur öffentlichen Einsicht eine Woche lang aus und macht in der bisher üblichen Weise bekannt, wo und in welchen Gemeinden die Liste von jedermann eingesehen werden kann.

Gleichzeitig verkündet er den Termin der Wahlen, den Ort und die Zeit ihrer Dauer. Die Wahlen müssen mindestens zwei Stunden und höchstens zehn Stunden dauern. Wer in die Liste nicht eingetragen ist oder in bezug auf eine dritte Person einen Verstoß erblickt, kann die Ergänzung der Liste innerhalb zwei Wochen vom Tage der Auslegung der Liste fordern.

Einsprüche sind zu Händen des Schulzen einzubringen.

Diese Bestimmungen gelten sowohl für die Gemeinden, die mehr als 100 Wähler haben, als auch für Gemeinden mit weniger als 100 Wählern.

Zu beachten sind außerdem noch die §§ 75, 75a und 76 der „Vorläufigen Verordnung über die Abänderung der preußischen Gemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891, die folgendermaßen lauten:

§ 75. Der Schulze und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeinderat) aus der Mitte der Gemeindeglieder auf drei Jahre gewählt. Nach dreijähriger Amtsdauer kann der bisherige Schulze auf weitere sechs Jahre gewählt werden.

In Gemeinden, die über 2000 Einwohner zählen, kann der Gemeinderat die Anstellung eines besoldeten Schulzen beschließen. Ein besoldeter Schulze wird für zwölf Jahre gewählt.

Besoldeter Schulze kann auch eine Person außerhalb der Gemeindeglieder sein.

In größeren Gemeinden können mit Zustimmung des Ministers des Innern im Wege des Ortsstatuts ein oder mehrere besoldete Schöffen bestellt werden, wenn der Umfang und die Eigenart der Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung es erfordern. Die Zahl der besoldeten Schöffen darf ein Drittel der Gesamtzahl der Schöffen nicht überschreiten.

Die besoldeten Schöffen, die nicht Gemeindeglieder zu sein brauchen, werden auf zwölf Jahre gewählt.

§ 75a. Im Falle des Rücktritts des Schulzen oder Schöffen vor Ablauf der im Gesetze festgesetzten Zeit wird die Wahl eines neuen Schulzen oder Schöffen für die Zeit, bis zu welcher der zurücktretende Schulze oder Schöffe sein Amt zu versehen hätte, angeordnet.

Im Laufe des letzten Jahres des dreijährigen Zeitraumes werden neue Wahlen nicht angeordnet. Das Amt des Schulzen versieht dann sein ordentlicher Stellvertreter.

§ 76. Bezüglich der Einladung des Gemeinderats zur Vornahme der Wahl eines Schulzen oder Schöffen gelten die Vorschriften des § 104.

In Gemeinden, in denen die Zahl der Stimmberechtigten geringer ist als 101, werden die Wahlen nach folgenden Grundsätzen durchgeführt:

In der Zeit vom 15. bis 23. Januar ist die Liste der Gemeindeglieder an einem vorher bekanntzugebenden Ort zur öffentlichen Kenntnis auszulegen.

Gleichzeitig mit der Auslegung der Liste gibt der Schulze den Tag, die Stunde und den Ort der Wahlen bekannt, die nicht früher als nach Ablauf von vier Wochen und nicht später als vor Ablauf der achten Woche vom Tage der Auslegung der Liste an stattzufinden haben.

Vom Tage der Auslegung der Liste an steht jedem Gemeindegliede das Recht zu, innerhalb zwei Wochen zu Händen des Schulzen Einspruch gegen die Gültigkeit der Liste zu erheben. Der Schulze entscheidet über die Einsprüche, führt Ergänzungen und Berichtigungen der Liste im Laufe der dritten Woche durch und schließt dann die Liste der Wähler.

Beabsichtigt der Schulze jemanden aus der Liste der Gemeindeglieder zu streichen, so hat er ihn unter Angabe der Gründe 7 Tage vorher davon zu verständigen.

Aus der polnischen Presse.

„Einheit im Handeln"

empfiehlt der „Dziennik Berliński" (Nr. 34 vom 12. Februar) den Polen in Deutschland in folgendem Aufsatz:

„Wiederholt schrieben wir schon an dieser Stelle von den nationalen Pflichten, die uns in Deutschland lebenden Polen obliegen. Eine Angelegenheit haben wir hier noch nicht berührt, nämlich die Angelegenheit unserer inneren Geschlossenheit, unserer Eintracht, durch die wir hier den Fremden ein Beispiel geben müssen.

Viel wird namentlich hier in Deutschland von den sogenannten polnischen nationalen Fehlern gesprochen. Die deutsche Publizistik beruft sich auf die gesamte Geschichte Polens, sie bringt spöttische Artikel über die gegenwärtigen Zustände im Warschauer Sejm usw. und behauptet, daß die Polen, wie niemand in der Welt, die Fähigkeiten zu Zank, Streit und Parteihader besäßen. Es ist darin viel Übertreibung, aber es ist daran auch etwas Wahres. In der Tat konnten die Polen, die über 100 Jahre lang unter der Herrschaft der drei feindlichen Eroberer gelebt haben, im Augenblick der Vereinigung des Vaterlandes vielleicht allzulange nicht vergessen, daß mit der Vergangenheit gebrochen und ein neues Leben begonnen werden müsse. Aber dazu hat vor allem die hundertjährige Knechtschaft beigetragen. Heut setzt in Polen ein neuer Kurs ein, und man kann annehmen, daß der Parteihader an Schärfe verlieren wird, wenn das nicht schon geschehen ist. Aber wie in jedem Staate werden auch in Polen Parteien bestehen bleiben. So ist es in allen zeitgenössischen Staaten. Sind doch Reibungen der verschiedenen Auffassungen über die Aufgaben und Ziele des Staates das normale Mittel, die besten Wege zur Entwickelung eines Volkes ausfindig zu machen. Es kommt stets nur darauf an, daß bei diesen Reibungen der Anschauungen niemals das Parteiinteresse den herrlichen römischen Grundsatz verschleiere: „Das Glück des Vaterlandes — ist das höchste Gesetz."

Uns in Deutschland wohnhafte Polen gehen in erster Linie die Ziele der polnischen Staatspolitik an, auch die der deutschen Politik, aber nur manche. Zu diesem letzteren gehört vor allem das, welche Politik der deutsche Staat im Verhältnis zu uns Polen treibt. Ob der deutsche Staat es für notwendig halten wird, heut oder morgen jemandem den Krieg zu erklären, über diese Frage können und müssen wir unsere eigene Auffassung haben; aber wir machen einen zu geringen Hundertsatz aus, als daß wir im Parlament oder an einer andern Stelle darauf Einfluß ausüben könnten. Es interessiert uns also vor allem nur die erste Frage.

Und deshalb brauchen wir, um in dieser Angelegenheit eine einheitliche Auffassung zu haben, unter uns keine Parteien. Wir sind Polen und fordern für uns alle kulturellen Freiheiten, die uns erlauben würden, uns national zu entwickeln. Das ist die gemeinsame Losung, die Fahne, unter der sich jeder Pole aus Berlin oder Masuren, aus Westfalen oder schließlich aus dem Oppelner Schlesien vereinigen muß. Diese Losung, deren Bedeutung wohl jeder versteht, muß uns alle anderen Losungen ersetzen. Zu Parteigezänken und Streitigkeiten können wir dagegen weder die nationalen Kräfte noch Zeit vergeuden.

Die in ganz Deutschland wohnenden Polen müssen ein geschlossenes und einheitliches Lager bilden. Unter der gemeinsamen Losung zur Arbeit müssen der Arbeiter und der Kapitalist, der Großgrundbesitzer und der Bauer nebeneinander stehen. Also nicht Hader, sondern gegenseitige Hilfe und Unterstützung, gemeinsames Sichbehaupten hier in der Fremde muß unser aller Pflicht sein.

Die deutschen Parteikämpfe — sind nicht unsere Angelegenheiten; in sie dürfen wir uns nicht einmischen. Ob heut die Sozialisten oder die Deutschnationalen am Ruder der Regierung sein werden, das geht uns nur von dem Gesichtspunkte aus etwas an, welche dieser Regierungen uns größere Bürgschaften der Unparteilichkeit und der Freiheit bieten wird, den Glauben zu bewahren und unsere nationalen Werte zu entfalten.

Wenn wir die Dinge so betrachten, uns gegenseitig so aufklären werden, dann werden wir unsere nationale Kultur bewahren. Dazu bedarf es nur der Eintracht und der Einheit im Handeln."

Der „Dziennik Poznański" und der Deutschtumsbund.

Die Bromberger Landesvereinigung des Deutschtumsbundes hat gegen den „Dziennik Pozn." Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Darüber berichtet der „Dziennik" in seiner Nr. 41 (Mittwoch, 21. Februar) mit folgenden Worten:

„Eine Tatsache hat sich ereignet, die in ihrer Schamlosigkeit alles überschreitet, was die nationalen Minderheiten sich bisher in Polen erlaubt haben. Der Bromberger Deutschtumsbund hat unsere Redaktion wegen Beleidigung verklagt. Die Beleidigung wird erblickt in einer Kritik des Verhaltens dieser Institution als einer für unsern Staat sehr schädlichen Organisation. Mit andern Worten: Der deutsche Deutschtumsbund verlangt, daß ein polnisches Gericht den Redakteur eines polnischen Organs dafür verurteilt, daß dieser letztere die polnische Bevölkerung vor den deutschen Ränken und Intrigen warnt." (Soll das „mit andern Worten" heißen, daß ein polnisches Organ eine deutsche Institution in Polen, weil sie eine deutsche Institution ist, ungestraft beleidigen darf, und daß es eine Schamlosigkeit ist, wenn eine deutsche Institution, die sich durch ein polnisches Organ beleidigt fühlt, es wagt, ein polnisches Gericht anzurufen, damit dieses, unbeeinflußt von Parteipolitik und nationalen Gegensätzen, Recht spricht? Wenn es das heißen soll, dann kämpft der „Dziennik Pozn." gegen die

Verfassung der Republik Polen. Anm. d. Schriftltg. d. „Pos. Tagebl.“)

Die Entrüstung des „Dziennik“ über die „Schamlosigkeit“ des Deutschtumsbundes, der es wagt, ihn vor den Richter zu stellen, findet am Schluß der Mitteilung des „Dziennik“ besonders starken Ausdruck in der Drohung: „Die Angelegenheit wird nicht ein Streit zwischen „Deutschtumsbund“ und „Dziennik Pozn.“ sein, sondern der erste Gang im Kampf bis aufs Messer zwischen deutscher Frechheit und polnischer öffentlicher Meinung.“ (Sollte in den Worten „Schamlosigkeit“ und „deutsche Frechheit“ nicht eine neue Beleidigung enthalten sein? Bescheidene Anfrage d. „Pos. Tagebl.“.)

Unveränderte Lage an der Ruhr.

Neu bevorstehende Ausweisungen und Sanktionen.

Am Montag hat, nach einer Meldung des „Cablogramme“, am Quai d'Orsai eine weitere Besprechung über die Ruhrinvasion stattgefunden, an der auch der Oberkommissar des Rheinlandes Tirard teilnahm. Die Besprechung befaßte sich namentlich mit neuen bevorstehenden Ausweisungen und Sanktionen gegen deutsche Städte, die den Weisungen von Berlin Folge leisten. Tirard machte weiter darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit im altbesetzten Gebiet sich eine gewisse Unruhe bemerkbar macht.

Erweiterung des Ausfuhrverbots.

General Degoutte hat nach W. T. B. in einer Anordnung die bereits am 31. Januar und 2. Februar erlassenen Ausfuhrverbote ausgedehnt auf Hüttenfabrikate, Halbfabrikate, Nebenfabrikate sowie Fabrikerzeugnisse aller Art. Die Lebensmittelausfuhr wird bis auf weiteres bestehen bleiben.

Die Engländer übergeben den Franzosen drei Bahnhöfe.

Am Montag abend haben die Engländer die Bahnhöfe Harff Bedburg und Hönnedorf im Rheinland geräumt, die alsbald von französischen Truppen besetzt wurden. Damit ist die Strecke Neuß—Düren auch in französische Hände übergegangen. Die Eisenbahner der neubesetzten Bahnhöfe haben es abgelehnt, unter französischer Oberhoheit zu arbeiten, und sind deshalb von den Bahnhöfen vertrieben worden.

Ungenügender Polizeischutz Essens.

Die Stadtverordnetenversammlung von Essen und die Gewerkschaften haben sich mit dem preußischen Innenminister Severing in Verbindung gesetzt und über die Lage Essens nach Auflösung der Schutzpolizei berichtet. Die 600 Polizeibeamten, die die Franzosen jetzt gestattet haben, würden auf eine Million Einwohner kommen, davon die Hälfte in Essen-Stadt und die andere Hälfte in Essen-Land. Man befürchtet infolge der Auflösung der Schutzpolizei ernste Unruhen. Die Kommunisten fangen bereits an, sich militärisch zu organisieren und bilden Zehner- und Hundertschaften. Es wird behauptet, daß zum Beispiel in der Gußstahlfabrik Krupp bereits eine sehr starke Organisation durchgeführt sei. Die Sozialdemokraten nehmen in ihren Parteiblättern gegen diese kommunistischen Organisationen Stellung und warnen, sich ihnen anzuschließen.

Neue Erpressungen in Gelsenkirchen.

Nachdem die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung die Bezahlung der 100 Millionen Mark wiederum abgelehnt hatte, erfolgten heute neue Maßnahmen der Franzosen. Die Geschäfte sollten gezwungen werden Waren herauszugeben. Als das größte Kaufhaus der Stadt, Alsberg, den Verkauf wieder ablehnte wurde es geschlossen und die Käufer hinausgetrieben. Darauf stellten sämtliche Geschäfte Gelsenkirchens die Verkaufstätigkeit wieder ein.

Deutsche Protestnote wegen Gelsenkirchen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat den Auftrag erhalten, der französischen Regierung eine Protestnote wegen der Strafexpedition der französischen Besatzungstruppen gegen Gelsenkirchen zu übersenden. Die Note stellt an Hand der amtlichen Berichte fest, daß ein Zusammenstoß zwischen einem einzelnen deutschen Schutzpolizisten und zwei französischen Gendarmen, der allein von den Franzosen verschuldet war und dem pflichttreuen deutschen Beamten das Leben gekostet hat, der französischen Besatzung genügte, um Gelsenkirchen mit einem großen Truppenaufgebot zu besetzen, seine Schutzpolizei festzunehmen und in der rohesten Weise zu mißhandeln, die Ortsbehörden zu verhaften und schließlich der Stadt noch eine Geldbuße von 100 Millionen Mark aufzuerlegen. Nicht einmal im Kriege sei es nach dem Völkerrecht gestattet, wegen einer Handlung von Einzelpersonen Strafen über eine ganze Bevölkerung zu verhängen. Die französische Regierung scheine aber dieses alles zu billigen, weil die örtlichen Befehlshaber jetzt die Zahlung der Geldbuße durch Wegnahme der erreichbaren Geldbestände unter Festnahme von Geiseln beizutreiben versuchen. Die deutsche Regierung erhebt Protest und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern.

Immer neue Ministerbesuche.

Nach dem Reichskanzler, dem Kultusminister, dem Postminister, dem Innenminister und dem Verkehrsminister ist nun auch der deutsche Handelsminister Siering im Ruhrgebiet eingetroffen, um mit Vertretern aller Kreise die Lage zu besprechen. Er teilte mit, daß die Lohnzahlungen und die Lebensmittelzufuhr durch großzügige Maßnahmen sichergestellt seien. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß sich alle Wirtschaftskreise auf eine lange Dauer des Kampfes eingerichtet haben.

Kein Gas, kein Wasser und keine Elektrizität an die Franzosen.

Reichsverkehrsminister Gröner hat die Reichsbahndirektionen angewiesen, die Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität an alle Bahnhöfe und Dienstgebäude einstellen zu lassen, die in den Militärbetrieb der Franzosen und Belgier übergegangen sind. Zugleich werden die Anstalten, die Gas, Wasser und Elektrizität liefern, angewiesen, die Zuleitung nach solchen Dienststellen zu unterbrechen.

Besetzung des Mainzer Postamts.

Das Mainzer Postamt wurde nach der „Dt. Allg. Ztg.“ am Dienstag von den Franzosen besetzt, die eine Durchsuchung des ganzen Gebäudes vornahmen. Auch die Postabholer mußten ihre bereits in Empfang genommenen Postsachen wieder herausgeben. Postdirektor Klingerhöfer und zwei andere Postbeamte wurden verhaftet. Die Post hat daraufhin ihren Dienst eingestellt.

Bücher- und Zeitungsverbote.

General Fournier hat den deutschen Behörden eine Liste von 18 Büchern, 5 Filmen und 85 Zeitungen zugehen lassen, deren Einfuhr ins besetzte Gebiet verboten ist.

Ablehnung des liberalen Antrags im Unterhaus.

Der gemeinsame Antrag der Lloyd George- und der Asquith-Partei ist vom Unterhause mit der unerwartet großen Mehrheit von 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden. Der Antrag geht dahin, daß der Völkerbund ersucht werden soll, eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, die über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, und zugleich über die beste Art, die Zahlungen zu verwirklichen, Bericht erstatten soll. Auch sollte versucht werden, die Vereinigten Staaten zu bewegen, sich in der Kommission vertreten zu lassen.

Lloyd George, der mit großer Entschiedenheit für den Antrag eintrat, hatte nachdrücklich betont, daß die liberale Resolution keineswegs ein Mißtrauensvotum für die Regierung bedeuten sollte. Er schlage nicht vor, auch nur ein Wort der Kritik gegen irgendeine von dem Premierminister unternommene Handlung zu äußern, da er wisse, mit welchen Schwierigkeiten dieser zu kämpfen habe. Trotzdem schlug die Hoffnung, einen Teil der früher mit Lloyd George verbündeten Unionisten heranzuziehen, fehl.

Lord Robert Cecil,

der Vorkämpfer des Völkerbundgedankens, sprach sich ausdrücklich gegen den Antrag aus und trug dadurch wesentlich dazu bei, daß die Mehrheit für die Regierungspolitik so imposant ausfiel. Die liberale Presse äußert über dieses Verhalten Cecils lebhafte Verstimmung. So schreibt die „Westminster Gazette“, seine Teilnahme an der gestrigen Debatte habe überrascht und enttäuscht. Die Regierung habe sich anscheinend endgültig entschlossen, Cecil zum britischen Vertreter im Völkerbund zu ernennen. Wenn dem so sei, so wäre das Bestreben, sich hinter die Regierung zu stellen, statt hinter den liberalen Antrag zur Anrufung des Völkerbundes, wohl erklärlich. Fast noch bitterer äußert sich Lloyd Georges „Daily Chronicle“, der eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen veröffentlicht, wonach die opportunistische Haltung Cecils bei den Liberalen Befürchtung und Enttäuschung hervorgerufen habe. Das Vertrauen in seine offizielle Verbindung mit dem Völkerbund werde sehr erschüttert werden, wenn er sich in erster Linie als konservativer Parteipolitiker erweise, statt als europäischer Staatsmann.

Die Haltung der Arbeiterpartei.

Der äußere Eindruck der Regierungsmehrheit wurde noch dadurch vergrößert, daß sich etwa 20 Abgeordnete der Arbeiterpartei der Abstimmung enthielten, vielleicht als Revanche dafür, daß bei der Abstimmung über ihren Antrag Lloyd George und ein Teil seiner Anhänger die gleiche Enthaltsamkeit geübt hatten.

Die Rede Lloyd Georges.

Das führende Asquith-Organ erklärt, die Rede Lloyd Georges finde allgemeine Zustimmung der Liberalen. Das Lob wird allerdings durch einen Tropfen Ironie verbittert. Es werde, so fährt nämlich das Blatt fort, sehr bedauert, daß Lloyd George seine Rede nicht bereits vor zwei Jahren gehalten habe.

Lloyd George betonte, Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung einer Lösung mitzuarbeiten. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland einen neuen Ton (!) und eine neue Einstellung anzunehmen. Die vorige britische Regierung habe stets auf Mäßigung gedrungen. Das habe man ihm in Frankreich nicht vergeben. Bonar Law habe aber die französische Regierung ebenso unzugänglich, ja sogar noch widerspenstiger gefunden. In den letzten Wochen seien 17 Ersatzwahlen in Frankreich gegen die Regierung ausgefallen. Wenn die Ruhrbesetzung noch um einige Wochen zurückgestellt worden wäre, so hätte die französische Regierung nicht mehr dazu übergehen können. Die Lage im Ruhrgebiet sei schlimmer, als die französische Regierung zugeben wolle. Frankreich habe im Ruhrgebiet ein großes Heer stehen und dabei seine Sicherheit durchaus nicht verbürgt. Wenn England wirklich der Freund Frankreichs sei, müsse es sein Bestreben sein, Frankreich aus der gegenwärtigen Stellung herauszuhelfen.

Rede Bonar Laws über eine Intervention.

Vor der Abstimmung über den liberalen Antrag sprach noch einmal Bonar Law. Der Ministerpräsident sagte, die Lage habe sich nicht erst in der letzten Zeit so verwickelt gestaltet. Lloyd George habe selbst vor zwei Jahren vorgeschlagen das Ruhrgebiet zu besetzen für den Fall, daß Deutschland nicht zahle. Warum habe er jetzt seine Meinung so vollkommen geändert? Bonar Law erinnerte daran, daß die Mißstimmung zwischen Frankreich und England aus der Ministerzeit Lloyd Georges herrühre. Lloyd George habe selbst erklärt, im August letzten Jahres sei er es gewesen, der Frankreich vorgeschlagen habe, die ganze Lage vor den Völkerbund zu bringen. Frankreich wollte aber schon damals nicht; so könne man nicht annehmen, daß es jetzt wolle, nachdem es sich schon so weit vorgewagt habe. Wenn man mit der Intervention warte, bis sich für sie eine günstige Gelegenheit bietet, so wäre das eine bessere Politik.

Zu der Frage einer Intervention erklärte der Ministerpräsident, die Ansicht der Regierung gehe dahin, daß die französische Aktion an der Ruhr schlimm sei und nichts anderes als schlimme Folgen zeitigen könne.

Der Unterschied zwischen der Regierung und der Opposition sei, daß die Regierung, wenn sie auch anderer Ansicht sei als Frankreich, doch nicht glaube, daß es den britischen Interessen oder den Interessen der Welt zum Nutzen gereichen würde, wenn sie gegenüber Frankreich eine gegnerische Haltung einnehme. Er behaupte nicht, daß ihm die Lage gefalle, die entstanden sei, aber in welcher Weise werde sie verbessert, wenn zu den anderen Gefahren, die Europa bedrohen, noch das Bewußtsein hinzuträte, daß England offenkundig eine feindliche Haltung gegenüber Frankreich einnähme?

Er glaube nicht, daß die Haltung Deutschlands anders gewesen wäre, wenn England sich Frankreich angeschlossen hätte. Der deutsche Widerstand beruhe auf der Überzeugung, daß die Sanktionen um unerfüllbarer Forderungen willen Deutschland auferlegt wurden. Verzweiflung habe die Deutschen veranlaßt, diese Haltung einzunehmen.

Bonar Law betonte, daß Poincaré in dieser Sache der korrekte Vertreter der Auffassung beider französischer Kammern sei, die nicht vor Ablauf von 12 Monaten abgelöst werden würde. Die wesentlichste Frage, die sich das Haus vor Augen halten müsse, sei, ob irgendeine Intervention zweckmäßig sein würde oder nicht. Poincaré habe, wie erwähnt, eine Intervention des Völkerbundes im August abgelehnt, und die englische Regierung wisse, daß ein derartiger Vorschlag jetzt von Frankreich als äußerst feindlicher Akt angesehen werde. Angesichts der Feindseligkeit Frankreichs und der wahrscheinlichen Feindseligkeit Belgiens und Italiens werde ein solcher Vorschlag den Ruin des Völkerbundes bedeuten. Ein solcher aber liege weder im Interesse Frankreichs noch Europas.

Für den Aufenthalt der englischen Truppen in Deutschland, so fuhr der Ministerpräsident fort, liege bei der augenblicklichen Lage kein logischer Grund mehr vor; es liege aber im Interesse der Entente, daß die englischen Truppen weiterhin im Rheinlande blieben.

Heftige Angriffe gegen Frankreich im amerikanischen Senat.

In den Senatsverhandlungen bezeichnete Borah das französische Darlehen für Polen als eine Unverschämtheit, da Frankreich Schwierigkeiten mache wegen der Zinsen für die amerikanischen Anleihen. Borah nannte den Einfall ins Ruhrgebiet sittenlos und verderblich, McCormick nannte ihn unproduktiv und selbstmörderisch. Hitchcock bedauerte, daß Harding nicht gegen das Ruhrabenteuer protestierte, das Deutschland, Frankreich und schließlich ganz Europa ruinieren werde. — Es handelt sich hier um die Senatoren der Opposition, während die Mehrheit des Hauses gegen jede Einmischung in die europäischen Verhältnisse ist. Zu einer solchen drängen auch die Farmer, die durch das Stocken der Getreideausfuhr nach Europa schwer geschädigt werden. D. Red.

Deutsches Reich.

Goldanleihe.

Über die Frage der Auflegung einer deutschen Goldanleihe ist heute in den provisorischen Besprechungen zwischen dem deutschen Reichsfinanzminister und Vertretern mehrerer Berliner und auswärtiger Banken und Bankfirmen ein Einverständnis erzielt worden, soweit es die Mitwirkung der deutschen Bankwelt betrifft. Danach sollen Schatzanweisungen über 200 Millionen Goldmark begeben werden.

Es soll ein Konsortium gebildet werden, das 50 Millionen Dollar in Schatzanweisungen von dreijähriger Laufzeit, deren Garantie die Reichsbank übernimmt, zur öffentlichen Zeichnung auflegen wird. Die Zeichner müssen einen entsprechenden Betrag in ausländischen Schecks oder Banknoten einzahlen. Das Konsortium übernimmt die eine Hälfte der Anleihe fest, die andere Hälfte in Kommission. Die Schatzanweisungen lauten auf den Inhaber. Es werden voraussichtlich kleine Stücke bis zum Betrage von 1 Dollar herunter ausgegeben werden. Diese Stücke sollen bei den Darlehnskassen beliehen werden können.

Es wird beabsichtigt, mit Auflegung der Goldanleihe am 1. März zu beginnen. Der Ausgabekurs wird 100 Prozent betragen.

Zu der Auflegung der Goldanleihe ist noch anzuführen, daß die Einzahlung nur in Devisen, nicht aber in Papiermark erfolgen kann, während die Rückzahlung und Verzinsung in Papiermark zum jeweiligen Dollarkurs erfolgt. Dadurch bietet sich der Vorteil, daß der Reichsbank größere Devisenbestände zufließen, vorausgesetzt, daß diese Einzahlungsform nicht die volle Zeichnung der Anleihe beeinträchtigt. Die Hälfte ist allerdings von den Banken übernommen worden, die sie aus ihren eigenen Devisenbeständen bezahlen werden, und man kann annehmen, daß die Banken, vor allem die Reichsbank, auf ihre Kreditnehmer einen Druck ausüben, um sie zu Zeichnungen zu veranlassen.

Auf dem Markt werden die Stücke der Anleihe gegen Papiermark käuflich sein. Dadurch wird dem sparenden Publikum, das sein Geld wertbeständig aufheben will, eine Anlagemöglichkeit geboten.

Zuchthaus für Schleichhandel und Preistreiberei.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages beschloß heute bei der Beratung der wegen der Ruhrbesetzung zu erlassenden Notgesetze, daß die ungenehmigte Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und unbegrenzter Geldstrafe belegt werden soll. Schleichhandel, vorsätzliche Preistreiberei oder vorsätzlich verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände soll in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft werden. Die Todesstrafe wurde abgelehnt.

Aus aller Welt.

Japanisches Dementi.

Die japanische Botschaft in Berlin veröffentlicht durch W. T. B. ein englisches Dementi betreffend die Nachricht von einem französisch-japanischen Geheimbündnis.

§ **Ein politischer Mord in Wien.** In der Nähe von Hietzing hat sich in einer der letzten Nächte ein politischer Mord zugetragen. In einem Gasthause fand eine politische Versammlung der Frontkämpfer statt, welche ohne Störung verlief. Nach Schluß der Versammlung hatten einige Teilnehmer einen Straßenbahnwagen bestiegen, in welchem es zwischen den Frontkämpfern und Sozialdemokraten zu einer Auseinandersetzung kam. In der Nähe der Artilleriekaserne stiegen die Sozialdemokraten aus, während nach einem Bericht der Sozialdemokraten die Frontkämpfer, welche auf der Plattform der Straßenbahn verblieben, aus Revolvern gegen die Sozialdemokraten schossen. Von ihnen wurde einer, der 44jährige Betriebsrat Franz Birnecker, von einem Revolverschuß in die Brust getroffen und war sofort tot, ein zweiter, der Arbeiter Franz Kattusch, wurde schwer und ein dritter leicht verletzt. Nach Darstellung der Sozialdemokraten fuhren die Attentäter mit der Straßenbahn weiter bis zur nächsten Haltestelle und flüchteten dann, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, ihrer habhaft zu werden. Der Polizeipräsident Schober erschien am Schauplatze der Tat und leitete sofort Ermittelungen ein. Der Vorfall hat in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Man befürchtet, daß es in der nächsten Zeit zwischen Sozialdemokraten und Frontkämpfern gelegentlich der Versammlungen der Frontkämpfer zu schweren Auseinandersetzungen kommen wird. Die Polizei hat einige Personen verhaftet, die verdächtig sind, an diesem Morde beteiligt zu sein.

Nachruf!

Heute nacht entschlief sanft im 81. Lebensjahre unser langjähriger Beamter Herr

Wladislaus Gorski.

Mit seltener Treue war er 55 Jahre auf der Herrschaft Gora tätig und hat seine vielseitigen Kenntnisse und reichen Erfahrungen in der Landwirtschaft vier Generationen unserer Familie zur Verfügung gestellt. Sein schlichtes, bescheidenes Wesen gewann ihm alle Herzen. Die Geschichte Goras ist mit seiner Lebensarbeit aufs Engste verknüpft.

Unsere Dankbarkeit und unsere Hochachtung folgen ihm über das Grab hinaus.

5634]

Fischer von Mollard und Frau
Marie, geb. Mollard.

Gora, den 20. Februar 1923.

Zahle für (5527

leere Fässer

von Teer, Oel u. Petroleum die **höchsten Preise.**

Franz Guttmann, Tczew.
Tel. 120 u. 75.

Suche unter Garantie gebr. aber gut erhaltene (5630

Heftmaschine

ca. 25 mm H. S.) zu kaufen.
B. Finkelstein, Danzig, Judengasse 25.

Nähmaschine

Singer), noch gut erhalten zu kaufen gesucht. Gefl. Off. u. **5640** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Vom 19. bis 25. Februar:

Gesellschaft ohne beschränkte Haftpflicht

mit **And Egede Nissen** in der Hauptrolle.

6 Akte märchenhafter Pracht und unerhörten Humors.

Beginn der Vorstellungen 4½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Rechtsbüro

ul. Pocztowa 10, Hinterhaus part., ist jetzt wieder v. früh 8–6 nachm. geöffnet. Erteile Rat in allen Rechtsangelegenheiten. Anfertigung sämtlich. Schriften. Vertretung vor d. Zaj. Powiatowy und Wohnungsamt **v. Holk** Poznań.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 22. 2., abends 7½ Uhr: **„Die Auferstehung“**, Fantasiedrama in 4 Teilen von Ronworowski.

Freitag, den 23. 2. abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen“**, Oper in 3 Akten von Offenbach.

Sonnabend, den 24. 2. abends 7½ Uhr: **„Die Fledermaus“**, Oper in 3 Akten von J. Strauß.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredry und Sew. Mielżyńskiego.

Unentgeltlich!

Die

Methodisten-Mission

ul. Skarbowa Nr. 1, I. Etage
(fr. Louisenstr.)

macht bekannt, daß im oben erwähnten Hause **unentgeltliche**

Handels-Lehrkurse

stattfinden. Ebenso wird **polnischer und englischer Sprachunterricht** erteilt sowie auch ein **Kursus von Näh-, Zuschneide- und verschiedenen Stickarbeiten.**

Alle die erwähnten Kurse werden an entschiedene Christen unentgeltlich erteilt.

Anmeldungen von 9—12 und von 4—9 Uhr abends.

Kaufen

jede Menge

Leinstroh

und zahlen die höchsten Tagespreise.

Gefl. Offerten erbittet [5631

Eksport-Rolny

Kępno (Kempen Poz.) Telephon: 79.

Vertretung oder Agenten zu kleinen Einkäufen gesucht.

Evangelisches Vereinshaus.

Nächste Konzerte:

Sonnabend, den 24. Februar 1923
Józef Turczyński,
der berühmte Pianist.

Montag, den 26. Februar 1923
Alfred Hoehn,
der berühmte Pianist.

Donnerstag, den 1. März 1923
Anton Kohman,
der berühmte Tenor und Oratoriensänger.

Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

KINO COLOSSEUM

św. Marcin 65.

Vom 19. bis 25. Februar:

Zirkus Francesko

Grosses Zirkusdrama in 6 Akten mit
J. Rieman u. Maria Pankau
in der Hauptrolle.

Güter

von 300—3000 Morgen,

eins davon mit viel **Wald u. Wiese** aus deutschen Händen biete unter günstigen Bedingungen **zum Kauf** an. Offerten unt. N. 5600 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

[5618

Original Dehne Drillmaschinen

3 m breit, mit 25 Reihen und 27 Oeffnungen offeriert, solange der Vorrat reicht, ab Lager **Poznań**

Woldemar Günter,
Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

Synagoge A

Wolnica.

Freitag, 23. Februar, abends 5¼ Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend. nachm. 5¼ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang 6 Uhr 4 M.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¼ Uhr), ab. 5½ Uhr.

Purim-Andacht.
Donnerstag, abends 5½ Uhr (Fastenende 6 Uhr 10 M.)
Freitag morgens 6½ Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brudergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag 23. Februar, abends 5¼ Uhr.
Sonnabend den 24. Februar vorm. 10 Uhr.

Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

Beginn der neuen Lehrkurse 7. Adar (22. Februar) laut Aushang.



Möbliertes Zimmer

für besseren Herren, eventuell auch 2 zusammen, sofort zu vermieten. **Poznań, ul. Siemiradzkiego 81.**

Kraftwagen

Am 28. Februar cr. gelangt in **Posen, ulica Mickiewicza Nr. 33,**

ein Kraftwagen

(Renault Nr. 13607) [5647

gegen vorher abzugebendes schriftl. Angebot **zum Verkauf.**

Der Kraftwagen ist ein durch Unfall gänzlich zerstörter französischer Wagen, welcher Deutschland und Polen **je zur Hälfte** gehört. — **Kaufangebote** sind an das **Deutsche Generalkonsulat Posen,** ul. Zwierzyniecka 15, **bis zum 26. d. Mts. zu richten.**

Zur Frühjahrssaat

biete durch die Wielkopolska Izba Rolnicza

anerkanntes Saatgut an:

Original Hildebrands Hanna Gerste, [5535
„ „ Grannensommerweizen,
„ „ gelbe Viktoria-Erbse,
„ „ grüne Viktoria-Erbse.

Bestellungen an die **Posener Saatbaugesellschaft, Poznań, ul. Wjazdowa 3,** erbeten.

C. Hildebrand, Kleszczewo b. Kostrzyn, Bez. Poznań.

Hackmaschinen

System **„Woolnough“**
(wie von Dehne gebaut)

für Getreide u. Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter,
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Telephon: 52-25 —

Zwei neue Reimannsche

Kartoffelwagen

sofort zu verkaufen bei [5625

T. Nowicki, Dom Rolniczo-Handlowy.
Plac Wolności 11. Telephon: 3326

Zu verkaufen:

1 Jagdgewehr (Kal. 16)

mit Hähnen gut erhalten. Angebote erbittet

Willy Hoffmann, Gorzyn, powiat Międzychód.

Versand-Buchhandlung.

Direkte Lieferung von

Büchern, Zeitschriften, Musikalien

Zur Anschaffung empfehlen:

Kohlenegg, Der Katzensteg. Roman.
Neuburger, Heitere Wissenschaft.
Philippi, Der Sieger. Roman.
Seeliger, Die Diva und der Diamant. Roman.
Holländer, Die Kastellanin. Roman.
Wolff, Prinzessin Suwarin. Roman.
Reuter, Die schönsten Läuschen und Rimels.
Trott, Prinzessin Waldtraut. Gesellschafts-Roman.
Lehnert, Christian Petersen. Original-Roman.
Rohan, Das geistige Problem Europas von heute.
Spann, Vom Wesen des Volkstums. Was ist deutsch?
Prange, Kreditgeschäfte der Banken.
Kleche, Steuerbilanzen.
Steinhage, Winke, die geschäftlich nützen.
Stern, Die Ausscheidung des Scheingewinns.
Rückert, Liebesfrühling.
Herzberg, Schloß Reifenstein. Roman.
Lehne, Die geborene Krause. Roman.
Mario, Junge Ehe. Roman.
Windhorst, Die Tanz-Streicherin. Roman.
Petersen, Der Komödienbur. Roman.
Schuster, Der Mann und sein Werk.
Scharwenka, Klänge aus meinem Leben. Erinnerungen eines Musikers.

Zeitschriften:

Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die Woche.
Daheim.
Velhagen u. Klasing's und Westermann's Monatshefte.
Europäische Modenzeitung.
Für's Haus.
Deutsche Jägerzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.
Die Gartenlaube.

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir direkt an uns zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Solider Herr,

evangel. sucht

möbl. Zimmer

Zentrum bevorzugt. Eigenes Bett vorhand. Offerten unter **W 5645** an die Geschäftsst.

Für ältere, ruhige Berufsdame a. gut. Hause wird z. 1. 3. 23 od. später ein **klein. möbl. Zimmer,** mögl. in Nähe d. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) zu mieten gesucht. Gefl. Ang. m. Preis u. **B. 5643** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Eisenbahn-Beamter

sucht zum 1. April cr. eine

5 Zimmer-Wohnung,

auch wird **Hausverwaltung** übernommen. Angebote unter **L 5639** an d. Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Abzugeben zirka 1000 Ztr. [5597

Zuckerrübensamen-Stecklinge

aus bester **Deutscher Elite-Saat.**

Lieferung im April.

Gutsverwaltung Borowo b. Czempin.

Moderne 5-7 Zimmerwohnung

in vornehmer Gegend zum 1. 4. oder später gesucht. Agenten verbet.

Gefällige Offerten an die

Direktion der Bank Dyskontowy Bydgoszcz (Bromberg)

Ordentliches

Zimmer mit Verpflegung

für bescheid. jün. Mann **gesucht.** Offerten unt. **G. 5635** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Danziger Kaufmann sucht sofort

möbl. Zimmer im Zentrum.

Gefl. Angebote unt. **M. 5638** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Die Kopernikusfeier in Thorn.

Die Feier des 450. Geburtstages des größten Thorner Sohnes, Nikolaus Kopernikus, wurde in Thorn überaus festlich begangen. Die Stadt wies reichen Flaggenschmuck auf. Auf dem Rathausturm wehte die französische Trikolore neben den Landes- und Stadtfarben

Sonnabend nachmittag begann, wie wir einem Bericht der „Deutschen Rundschau" entnehmen, die Vorfeier durch eine Aufführung des dreiaktigen Schauspiels „Nikolaus Kopernikus" von Jan Wiancki im Stadttheater, der abends die zweite Aufführung folgte.

Der Sonntag brachte in der Mittagsstunde Promenadenkonzerte auf den beiden Märkten. Nachmittags um 5 Uhr hielt Professor Baran im großen Saale des „Artushof" einen volkstümlichen Vortrag über „Kopernikus", der durch Demonstrationen erläutert wurde. Gegen 6 Uhr nachmittags begannen sich die Hauptstraßen der Stadt zu füllen. Von allen Seiten strömte das Publikum heran, um den militärischen Fackelzug und die große Illumination des Kopernikus-Denkmals und des Rathauses zu sehen. Die Menge, die den Markt und die angrenzenden Straßen bevölkerte, zählte nach Tausenden.

Gleichzeitig fand im „Artushof" die Begrüßung der von auswärts erschienenen Gäste statt, die in großer Zahl eingetroffen waren. Unter ihnen befanden sich: Minister Łapuszański als Vertreter des Staatspräsidenten Wojciechowski; Kardinal-Primas Dr. Dalbor; Erzbischof Teodorowicz; Bischof Klunder; der Legationsrat Czerny mit Gattin, Vertreter der Tschechoslowakei; der Eisenbahnpräsident Czarnowski aus Danzig; der Eisenbahnvizepräsident Braunek aus Danzig; Minister Stefan Deszby mit Gattin und Enkelin; Departementsdirektor Zakrzewski; die Professoren Birkenmajer und Banachiewicz von der Universität Krakau; Professor Dr. Martin Ernst von der Universität Lemberg; verschiedene andere Professoren polnischer Universitäten, der Akademie der Schönen Künste usw.; Astronomen aus Krakau und anderen Städten der Republik; Dr. Panecki, der Präsident der polnischen Fraktion des Danziger Senats; Dr. Karczmarczyk, der Vizedirektor des Staatlichen Archivs in Posen; der Starost des Kreises Inowrocław, Dietl; Stadtpräsident Krause aus Włocławek; die Bürgermeister und Magistratsmitglieder bzw. Stadtverordnete vieler Städte, außerdem Pressevertreter. Stadtpräsident Michalek hieß die fremden Gäste herzlich willkommen.

Der Montag, der eigentliche Geburtstag, wurde morgens durch Feiern in allen Schulen eingeleitet. Es folgte um 10 Uhr ein Gottesdienst in der St. Johanniskirche, in der Kopernikus getauft worden ist. Die Kirche konnte kaum die Menge fassen. Die Spitzen der Behörden, sowohl staatliche wie Kommunal- und Militärbehörden, Abordnungen der Staatspolizei, der Feuerwehr, der Schulen, Vereine, Korporationen usw. nahmen mit ihren Fahnen daran teil. Nach dem Gottesdienst, in dem Erzbischof Teodorowicz die Predigt hielt, wurde die an dem Hause ul. Kopernika 15 angebrachte schwarze Gedenktafel enthüllt. (Die deutsche Gedenktafel befindet sich an dem Hause ul. Kopernika 28, Ecke Piekary (Bäckerstraße). Nach neueren Forschungen soll das Haus Nr. 15 das richtige Geburtshaus sein.) Der lange, fahnenreiche Zug bewegte sich dann durch die Bäckerstraße, Windstraße nach dem Altstädtischen Markt, wo er vor dem Denkmal Aufstellung nahm. Er wurde durch eine Schwadron Ulanen zu Pferde mit der Musikkapelle eröffnet und vom Rathausturm herab mit Fanfarenklängen empfangen. Nach einleitendem Gesang der Chöre „Lutnia", „Moniuszko" und des Gymnasialchors wurden reiche Kranzspenden unter Ansprachen am Fuße des Denkmals niedergelegt. Die Ulanenkapelle intonierte die Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren", und eine Feldbatterie feuerte Salut. Darauf marschierten die Festteilnehmer geschlossen nach dem Wilhelmsplatz, wo sich der Zug auflöste. Mittags 1 Uhr fand in der Aula der Knabenmittelschule an genanntem Platze eine feierliche Akademie statt, der gegen 2½ Uhr ein Festessen im „Artushof" folgte.

Die deutsche Coppernicus-Feier in Thorn.

Ein Teilnehmer an der deutschen Festveranstaltung in der Geburtsstadt des Coppernicus schreibt uns:

Die ehrwürdige, an schönen Gebäuden so reiche Stadt, im Festschmuck! Man glaubt, er gelte einem Staatsoberhaupt oder sonst einem Großen äußerer Macht (und es ist doch nur ein Großer im Reiche des Gedankens, dem diese Ehrungen gelten). Freilich nicht nach jedermanns Geschmack wird der äußere Putz sein, der dem Besucher das alte vertraute Stadtbild fremd erscheinen ließ. Blaue K's auf weißen Scheiben hängen an Tannengirlanden, schier unzählbare Bilder des Coppernicus, an die Fensterscheiben geklebt, und hinter dem Coppernicus-Denkmal eine riesige Sonne aus Weißblech, in deren Mitte eine große Glühbirne sich befindet und um die herum auf einem Kreise eine kleine weiße Erde schwebt: das sind so einige Ehrungen, die einem eiligen Wanderung durch die Straßen auffallen. Über die staatlichen Feiern wurde bereits berichtet. Von bleibendem Werte dürfte die Gründung einer Coppernicus-Bibliothek sein, die durch Zusammenlegung der alten wertvollen Gymnasialbibliothek und der Bibliothek der Towarzystwo Naukowe geschaffen wurde. Auch der deutsche Coppernicus-Verein für Kunst und Wissenschaft hat seine reichen und wertvollen Bestände dieser neugeschaffenen Bibliothek als Leihgabe überlassen.

Die Feier des Coppernicus-Vereins selbst, die abends 6 Uhr in den Räumen der Mittelschule stattfand, verlief würdig und eindrucksvoll. Nach dem satzungsgemäß vorgeschriebenen Jahresbericht des Vereins, den der Vorsitzende Professor Prowe erstattete, erfolgte die Begrüßung der Festversammlung und der erschienenen Gäste. Chorgesang leitete die Feier ein und beschloß sie. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg und Dr. Rauschning die des deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins in Großpolen und der Historischen Gesellschaft für Posen. Ein überaus fesselnder Vortrag von Studienrat Dr. Liebermann gab eine Entwicklung des Coppernicanischen Systems und zeigte vor allem, wie Coppernicus nicht nur der Begründer der modernen Astronomie, sondern auch der erste vorbehaltlos forschende Denker der Neuzeit gewesen ist.

Am Abend fand ein geselliges Beisammensein im Saale des Hotels „Drei Kronen" statt, bei dem der Vorsitzende zahlreich eingelaufene Glückwunschschreiben verlas, u. a. war auch ein Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Bender eingegangen, der eine größere Anzahl seiner 1920 erschienenen Untersuchung über „Heimat und Volkstum der Familie Koppernigk (in Darstellung und Quellen zur schlesischen Geschichte, 27. Band, Breslau 1920) dem Verein schenkte und den Erlös zur Unterstützung der weiteren Arbeit des Vereins bestimmte. Herr Schulrat, Sejmabgeordneter Daczko, begrüßte den Coppernicus-Verein, der an diesem Tage selbst sein 70jähriges Stiftungsfest feierte, für die Sejmfraktion. Herr Studienrat Heidelck für die Landesvereinigung der Deutschtumsbünde. Die Feier verlief anregend und im regen Gedankenaustausch bei starker Beteiligung aller Deutschen Thorns.

Eine deutsche Coppernicus-Festgabe.

Als Frucht des durch die Vorbereitungen des Coppernicus-Festes erneuten Interesses für den großen Thorner Astronomen erschien soeben im Verlag der Posener Deutschen Bücherei als „Posener Drucke. Herausgegeben von Hermann Rauschning. Erster Druck" eine Auswahl aus Werken des Coppernicus, seinem Briefwechsel und zeitgenössischen Berichten über ihn. („Nicolaus Coppernicus aus Thorn. Über die Umdrehungen der Himmelskörper. Aus seinen Schriften und Briefen. 1923. Im Verlag der Deutschen Bücherei Posen.") Die ausgewählten Stücke geben in ihrer Gesamtheit ein anschauliches Bild von Coppernicus nicht nur als dem großen Gelehrten, sondern auch als Mensch, als Staatsmann, als Arzt, als Humanist und als Mitglied des Ermländischen Domkapitels. Die weiche, gütige und tätige Persönlichkeit des in diesen Tagen Gefeierten wird am Schluß in einem Nachwort liebevoll und anregend gekennzeichnet von dem Herausgeber des Buches, Dr. Hermann Rauschning (einem Sohne Thorns). Die Übersetzung der lateinischen Stücke besorgte Dr. Thassilo Schultheiß. Dem sehr würdig ausgestatteten Werkchen ist ein Holzschnitt beigefügt, den der Posener Maler Otto Lawrenz nach dem Bildnis des Coppernicus in der Thorner Johanniskirche anfertigte. Der sorgfältige Druck ist der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt zu verdanken. Das 77 Seiten starke, auf gutem, festem Papier hergestellte und mit einem geschmackvollen Umschlag versehene Buch ist in allen deutschen Buchhandlungen und in der Deutschen Bücherei in Posen käuflich zu haben.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 22. Februar.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung, die vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski kurz nach 6½ Uhr eröffnet wurde, hätte sich höchstwahrscheinlich bis in die 10. Stunde hingezogen, wenn die Finanzlage des Posener Stadttheaters und die Vorlage über die Erhebung einer Kraftwagensteuer durch die Stadt zur Beratung gekommen wären. Bei der Aussprache über die Carlton-Interpellation kam an einigen Stellen der Antagonismus zwischen der Linken und der Rechten zum Durchbruch, hielt sich aber in ziemlich gemäßigten Grenzen. Es hatte schon den Anschein, als sollte die Interpellation des Stadtv. Budzyński mit einem Mißerfolg enden. Der Antrag Budzyński erlangte aber bei der Abstimmung doch eine knappe Mehrheit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer längeren Aussprache über einen Protest der in den Posener Zweigstellen der militärischen Haupt-Ingenieurwerke in Warschau beschäftigten Angestellten und über eine Denkschrift des Mieterschutzverbandes. Der Protest gegen die für den 1. April geplante Übersiedelung der genannten Werke nach Warschau, wodurch die Zahl der Arbeitslosen der Stadt Posen noch größer werden würde, wurde von mehreren Stadtverordneten unterstützt und dann fast einmütig beschlossen. Die Denkschrift des Mieterschutzverbandes, in der zwanzig Fälle aufgezählt werden, in denen sich Hausbesitzer zu angeblichen Übergriffen hinreißen ließen, gab dem Stadtv. Pluciński Anlaß, der „Prawda" vorzuwerfen, daß sie sich ebenfalls Mietsübergriffe habe zu schulden kommen lassen. Stadtv. Cissak wies den Vorwurf mit Erfolg zurück. Die Denkschrift wurde zur Kenntnis genommen. Sie ist auch der Staatsanwaltschaft, dem Sejm und den Sejmparteien zugegangen.

Wahlen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl eines Mitgliedes des Kuratoriums der Kantorowicz-Stiftung. An die Stelle des ausscheidenden Stadtv. Mroczkowski wurde ohne Widerspruch Frau Dr. Großmann gewählt.

In den Ausschuß für die Abschätzung der Gebäudesteuer wurden dann vier neue Mitglieder gewählt.

In den Kunstausschuß wählte man für den zurückgetretenen Stadtv. Ballenstedt den Architekten Lucjan Michalowski.

Teuerungszulagen für Beamte usw.

Stadtv. Seydlitz berichtete dann über die 55prozentige Teuerungszulage für Februar und die 65prozentige Märzzulage für die städtischen Beamten und Funktionäre sämtlicher Kategorien. Die Vorlage stieß auf keinen Widerspruch. Sie belastet den Stadthaushalt mit 76 Millionen für den Monat Februar, mit 84 Millionen für den Monat März. Die Zulage hat die Januargehälter zur Grundlage.

Die Feuerwehrgebühren für den Anruf der Feuerwehr durch Privatpersonen wurden auf das 2000fache der Vorkriegssätze erhöht.

Erhöhung der Krankenhauskosten.

Stadtv. Dr. Stark berichtete dann über die Erhöhung der städtischen Krankenhauskosten. In allen Posener Krankenhäusern wird von nun an auf Anregung der Landeshauptmannschaft der Roggenpreis als Grundlage für die Berechnung der Kurkosten dienen. Als Roggenäquivalent der Kurkosten für Privatpersonen in der 1. Klasse sind 23 Kg. Roggen, in der 2. Klasse 15 Kg. und in der 3. Klasse 9 Kg. Roggen festgelegt worden. Die Kursätze erhöhen sich automatisch jeden Monat.

Der neue Tarif gestaltet sich für die einzelnen Kategorien folgendermaßen:

	Einheimische Erwachs.	Einheimische Kinder	Auswärtige Erwachs.	Auswärtige Kinder
in der 1. Klasse	18 500	16 000	24 000	20 500
in der 2. Klasse	12 000	10 200	16 000	13 600
in der 3. Klasse	7 200	6 200	9 000	7 700
von Kranken der Landesversicherung	7 200	6 200	—	—
von Kranken der Allg. Krankenkasse für die Stadt Posen	4 000	3 500	—	—
von Kranken anderer Krankenkassen und Behörden	7 500	7 000	—	—
von Kranken der Armendeputation	7 200	6 200	—	—
von Geisteskranken	7 500	6 400	10 000	8 500

Der Berichterstatter hatte im Ausschuß halbmonatliche Festsetzung des Roggenäquivalents vorgeschlagen.

Weitere Gebührenerhöhungen.

Die Schlachthof- und Viehmarktgebühren erfuhren eine 100prozentige Erhöhung, die Gebühren für elektrisches Licht eine 60prozentige, das heißt von 1000 auf 1600 Mk. für die Kilowattstunde, und der Wasserpreis eine 100prozentige, das heißt von 300 auf 600 Mk. für das Kubikmeter. Außerdem sind die Gebühren für Stromzähler, die seit dem 1. Oktober 1922 datieren, einer Revision unterzogen worden. Sie betragen durch die neue Erhöhung das 2000fache des Vorkriegssatzes, während die Löhne die Zahl 3300 als Index aufweisen.

Die Wiedereinführung der Montagsmärkte

begründete Stadtv. Grzegorzewicz. Die Montagsmärkte waren auf Antrag der Posener Viehhändler unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und der Wojewodschaft im Dezember

---

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Der alte Knecht war sichtlich aufs tiefste betrübt, als er den Bescheid von der bevorstehenden Abreise erhielt. Er verlor kein Wort über diesen Entschluß, denn er wußte, wie alles in diesem Sommer an Fernleitners Nerven gerissen hatte. Traurig und wehmütig half er Ruth packen und bedang sich als einzige Bitte die Erlaubnis aus, Fernleitner und Ruth eine Strecke begleiten zu dürfen.

Fernleitner nickte von Herzen Gewährung. „Wir werden die Sache so machen", schlug er vor, „daß wir noch einmal über den Gletscher auf den Gipfel klettern und dann nach Süden absteigen."

Ein glückliches Lächeln trat auf Loisls Antlitz, und zufriedener als er gekommen war, ging er die letzten Vorbereitungen zu treffen.

Andern Morgens blaute ein strahlender Himmel über dem ganzen Gebirgsstock, als Fernleitner, schon fertig zum Abmarsch, vor die Hütte trat.

Dann gab es einen herzlichen Abschied von den drei Sennerinnen, einen kühleren von Volkner und Wildenbrunner, die noch einmal versuchten, ihr Tun vor Fernleitner zu entschuldigen. Dieser hörte die Gründe und nickte mehr der Form halber Verzeihung. Im Herzen aber blieb er kalt und schritt nach einigen höflichen Worten des Abschieds rasch davon, um die Verstimmung nicht wieder Gewalt über sich gewinnen zu lassen.

Ruth und Loisl folgten ihm, noch oft zurückwinkend, und mühten sich ehrlich, seiner drängenden Eile gerecht zu werden.

Der Empfang im Observatorium war so herzlich, daß eine längere Rast unabweislich blieb; auch wollten Völker und Emma Derks mit nach dem Gipfel kommen, wodurch da sie zur Tour nicht vorbereitet waren ein weiterer Aufenthalt entstand.

So stand die Sonne schon ziemlich hoch am Himmel, als man begann den Gipfelgrat emporzuklimmen, und es wurde beinahe Mittag, bis man die Spitze erreichte.

Dort angelangt, ließ man sich nieder zu längerer Rast denn es saß sich gut, beschienen von der wärmenden Sonne und umspielt von den frischen Bergwinden.

Die Luft war rein und klar, und der Blick reichte bis in endlose Weiten.

Fernleitner schaute sinnend über die Berge hin, die aus der Ferne grüßten und begann zu träumen, bis ihn Völker mit schmerzendem Zuruf weckte.

„Wie wird das nun werden mit Euch?" rief er laut. „Ist das heute ein Abschied für immer, werdet Ihr dem Wilden Jäger, Eurem geliebten heiligen Berg, auf ewige Zeiten untreu werden, oder findet Ihr, wenn der Sommer wiederkehrt, den Weg wieder zurück zu uns?"

„Das ist eine schwere Gewissensfrage," antwortete Fernleitner aus seinen Träumen heraus. „Denn es gibt vieles, was mich von hier fortreibt, und vieles, was mich nach dem Wilden Jäger zurückzieht."

„Und das Letzte muß das Stärkere sein!" sprach Loisl mit starker Mahnung. „Oder wäre es möglich, daß Sie den heiligen Berg treulos verlassen könnten, weil ein paar Unheilige sich in das Heiligtum gedrängt haben?"

Ein großer voller Blick aus dunklen, wehmütig ins Weite blickenden Augen traf den Sprecher. „Du hast Recht, Loisl," erwiderte Fernleitner dann im Tone eines Schwures. „Trotz allem, was geschah — es wäre feige den Kampf jetzt schon aufzugeben. Und dann gelobe ich hier, auf dem Gipfel des Berges, in feierlichem Schwur ich kehre wieder!"

Drei Hände vereinigten sich in festem Druck, denn gleich Loisl hatte auch Völker mit zugegriffen. „Das soll ein Wort sein!" rief er voll Freude. „Denn wer sich auch herumtreiben mag in den Hängen des Berges — so wie wir ihn sehen, sieht ihn kein anderer. Und wenn sie es Dir zu bunt treiben drunten auf der Hochalm, dann komme nur flugs herauf zu mir; denn bei mir ist man den Menschen ferner und dem Himmel näher!"

„Ich komme!" gelobte Fernleitner noch einmal.

Und dann stieg er, indes die anderen ihm lange nachsahen, nach Süden ab, den blauen Gipfeln zu, die aus duftigen Nebeln grüßten.

(Fortsetzung folgt.)

Franz von Stuck.

(Zu seinem 60. Geburtstag am 23. Februar.)

Seit Jahren hat man nichts mehr von ihm gehört. Unverdientermaßen. Daß er selbst nichts mehr an die Öffentlichkeit brachte, lag im Wesen seiner Kunst begründet; aber daß sein Werk vor der neuesten Kunst zurücktrat, das hat es nicht verdient. Gewiß: er machte nichts mehr von sich her. Weil er mit 30 Jahren ein Fertiger war und sich seitdem nicht mehr gewandelt hat. Stuck trat auf, als in München sich der Nationalismus austobte, als man sich an der neuen Richtung übersatt gesehen hatte und nach Klassizismus und Romantik zurückverlangte. Neben Böcklin kam Stucks Kunst diesem Publikumswunsch entgegen. Doch um Himmelswillen nicht das Zugeständnis gegenüber der Masse. Sondern bei ihm war es wirklich ein inneres Muß, das ihn auf die Bahn drängte, die er niemals verlassen hat, auch dann nicht, als man sich wieder neuen Ismen zuwandte. Wenn man eines seiner zahlreichen Selbstbildnisse betrachtet, diesen Rundkopf mit dem dunklen dichten Haar, den dunklen Augen und dem geraden Profil, so hat man einen ganzen Kerl vor sich, dessen Wesen man mit gerader Rassigkeit bezeichnen möchte. Das Gradlinige in ihm spiegelt sich insbesondere in seiner Malerei. Sein Malen scheint stets vom Architektonischen auszugehen. Stuck ist überhaupt mehr Architekt als Maler; er ist durch und durch Raumkünstler. Wer einmal die fabelhaft geschlossene Schöpfung seines Hauses in der Prinzregentenstraße in München gesehen hat, der vergißt den Eindruck nicht so leicht. Und so wie dieses Haus aufgebaut ist: herb, antik, und doch wieder frei vom Hergebrachten, im Innern in Farben rauschend und doch behaglich vornehm — so ist auch Stucks Malerei.

Er war als Zeichner — nach dem Besuch der Kunstgewerbeschule — längst bekannt und — was man heute kaum noch weiß — als Mitarbeiter der „Fliegenden Blätter" geschätzt, als er 1889 im Münchener Glaspalast zum ersten Male mit Gemälden hervortrat. Der „Wächter des Paradieses", „Innozentia" und die „Kämpfenden Faune" zeigten bereits sein ganzes Können, das sich ein Jahr darauf zu der Blüte entfaltete, die sich bis zum heutigen Tage im Kranze deutscher Kunst frisch erhalten hat. „Luzifer", „Das verlorene Paradies" und der heute nach dem Erlebnis der letzten Jahre fast schon verblaßte „Krieg", dann die verschiedenen Frauengestalten, die als „Sünde" oder „Sündigkeit" mit Riesenschlangen kosen, sind die bekanntesten Bilder jener Zeit. Damals wirkten sie auf uns revolutionär. Die Jungen grüßten den Münchener zukunftsfroh, die Alten wandten sich schimpfend und kopfschüttelnd ab. Und heute? Heute ist es umgekehrt: Die Jungen mögen den „alten" Stuck nicht mehr und die Alten ziehen vor dem Sechzigjährigen den Hut. Geht hin und tuet desgleichen!

1921 aufgehoben worden, in der Überzeugung, daß dadurch ein größerer Auftrieb und ein Rückgang der Preise erzielt würde. Der Auftrieb ist zwar größer geworden, aber der Preisrückgang ist ausgeblieben und der Städtische Schlachthof durch die gesteigerten Schlachtungen überlastet gewesen. Deshalb ist von der Schlachthofdeputation die Wiedereinsetzung der Montagsmärkte in der Sitzung vom 15. Februar beschlossen worden. Der Beschluß fand die Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Neue Sätze der städtischen Armenunterstützungen.

Die von der Frau Dr. Großman verlesenen neuen Sätze für die Armenhilfe (18 000 Mk. monatlich) erschienen dem Stadtv. Turioń als geradezu lächerlich gering. Stadtrat Podolka wies darauf hin, daß die Unterstützung der Armen nicht nur in der Geldbeihilfe bestehe, sondern auch in Verpflegung, Kleidung der Armen usw.

Anfrage wegen der Carlton-Affäre.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung ergriff der Stadtv. Budzyński zu seiner Interpellation über die Carlton-Affäre das Wort. Er betonte u. a., daß er nicht deshalb die Interpellation eingebracht habe, um etwa die Uniform des polnischen Soldaten zu besudeln, Piłsudski anzugreifen oder dem General Rajszewski zu schaden. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung an den Magistrat, bei der Militärbehörde ein Verbot des Tragens von geladenen Waffen außerhalb des Dienstes nachzusuchen.

Stadtv. Kierski erklärt sich entschieden dagegen, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

Stadtv. Buggel drückt im Namen der christlichen Demokratie sein Bedauern über die Interpellation aus, die nicht dazu beitragen könne, das Verhältnis zwischen Heer und Bevölkerung zu bessern.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Budzyński, in dem der Magistrat aufgefordert wird, wegen des Verbots des Tragens geladener Waffen bei der zuständigen Militärbehörde zu intervenieren, mit kleiner Mehrheit gegen den Antrag Kierski, der den Übergang zur Tagesordnung forderte, angenommen.

Darauf traten die Stadtverordneten kurz nach 8 Uhr in eine geheime Sitzung über Grundstücksfragen ein.

Monopol für den Tabakblätterankauf in Posen und Pommerellen. Wie aus einem Schreiben des Finanzministeriums an die Pommerellische Finanzkammer in Graudenz hervorgeht, hat das Ministerium auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes über das Tabakmonopol den Ankauf inländischer Tabakblätter aus dem letzten Erntejahr und den der älteren Vorräte im Gebiete des ehemals preußischen Landesteils der Firma C. Grunenburg Nachfolger, Inhaber C. Balcerowicz in Graudenz übertragen.

Verbotener Spirituosen- und -Verkauf in Bahnräumen. Die Eisenbahndirektion Posen hat an die Eisenbahnämter, Hauptkassen, Direktionsbureaus und Dienstabteilungen ein Rundschreiben versenden lassen, das den Verkauf von Spiritus und alkoholhaltigen Getränken in den Diensträumen zum Gegenstand hat. Es sind danach Fälle festgestellt worden, in denen Dienststellen Spiritus angekauft und sogar während der Dienststunden verkauft haben. Da die Volksgesamtheit an der Einschränkung des Alkoholgenusses arbeitet und dieser auch die Dienstfähigkeit stark beeinträchtigt verbietet die Direktion streng jeden An- und Verkauf von Spiritus und anderen Alkoholgetränken durch die Dienststellen. Das Verbot erstreckt sich auch auf Verbraucher, Genossenschaften usw., die ihre Verkaufsräume in Eisenbahngebäuden haben.

X Die Nr. 5 des Evangelischen Kirchenblattes, Monatsschrift für evangelisches Leben, ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Religiöse Betrachtung „Richtige Rechnung" von Harhausen, „Moderne Mystik und Christentum" von Generalsuperintendent D. Dr. Kalweit, „Die religiöse Unterweisung unserer Jugend in Schule und Kirche" von Superintendent Smend-Lissa, „Ein Wort für die Abkündigungen", „Von der Warschauer Synode", „Von der mariavitischen Kirche in Polen", „Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen" von Superintendent Rhode, „Pastorenfreizeit in Wolfshagen" von Pastor Just-Sienno, Theologische Nachrichten und Kleine Mitteilungen.

X Zur Warnung. Hier und da kommt es im Straßenbahnverkehr vor, daß Kinder auf fremde Schülerfahrscheine fahren und, dabei betroffen, den Eltern große Unannehmlichkeiten verursachen. Die Kinder selbst machen sich wohl die Tragweite ihrer unerlaubten Handlung nicht klar, am allerwenigsten denken sie daran, daß sie sich damit eines Betruges schuldig machen. Die Eltern werden deshalb gut tun, ihre Kinder auf das Unzulässige der Benutzung eines fremden Fahrscheinheftes mit allem Nachdruck hinzuweisen, um sich so eventuell vor großen Verdrießlichkeiten zu schützen.

Die Konzerte der nächsten Tage. Am Freitag, dem 23. Februar findet im großen Saal des Vereinshauses der Liederabend der hier schon bekannten vortrefflichen Konzertsängerin Lotte Leonard statt, der um so größere Beachtung verdient, als er nach sehr langer Zeit zum ersten Mal wieder Gelegenheit bringt, im Konzertsaal deutsche Lieder in deutscher Sprache zu hören. Die Sängerin wird bekannte Lieder von Mozart, die Arie der Susanne, Schubert-Lieder und fünf der schönsten Lieder von Hans Pfitzner zum Vortrag bringen. Am Flügel wird sie Helmut Bärwald-Berlin begleiten, der außer zwei Lisztschen Etüden ein Präludium, Choral und Fuge von Cäsar Franck vortragen wird. — Am 24 und am 26. Februar finden an derselben Stelle Klavierabende statt: am Sonnabend spielt Josef Turczyński Chopin, Liszt, Medtner, Rachmaninow, Skrjabin, Szymanowski, Różycki am Montag tritt Alfred Hoehn auf mit einem Programm, das sich aus Werken von Chopin, Schumann, Beethoven, Brahms, Schubert, Scott, Liszt zusammensetzt. — Der Verkauf der Karten zum Konzert Lotte Leonard findet in der Zigarrenhandlung von Gumnior statt. Die Karten zu den beiden Klavierabenden werden in der Zigarrenhandlung von W. Górski verkauft.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Der 3. Vortrag von Herrn Generalsuperintendent D. Blau über „Spengler als Geschichtsphilosoph" findet am Freitag, dem 23. d. Mts., abends 6 Uhr, im kleinen Saal des Evang. Vereinshauses statt.

X Banditenüberfall auf einen Eisenbahnzug. Auf den Kurierzug Warschau—Posen wurde, dem „Kurjer" zufolge, in der Nacht zum Mittwoch ein Banditenüberfall verübt. Einige Kilometer hinter der Station Kutno trat während der Fahrt in eins der Abteile zweiter Klasse ein maskierter Bandit und rief: „Hände hoch!" Als sich einer der Reisenden etwas bewegte, gab der Bandit aus einem Revolver einen Schuß ab, der den Reisenden, wie es scheint, tödlich verletzte. Einem in demselben Abteil fahrenden Beamten der Posener Müllerbank gelang es, ins Nebenabteil zu kommen, wo er mit Hilfe der Notbremse den Zug zum Halten brachte. Der Bandit benutzte das sich verlangsamende Tempo, um ins Freie zu springen und dabei einen Mantel mitzunehmen. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief wegen der Dunkelheit der Nacht ergebnislos.

Einen schweren Unfall erlitt dieser Tage hier, der „Neutom. Kreisztg." zufolge, der Gastwirt Anton Olejniczak aus Neutomischel. Er glitt auf der Treppe des Bahnhofs infolge des Schnees aus und brach ein Bein, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

X Verhaftungen. Wegen zweier schwerer Einbruchsdiebstähle wurden der Arbeiter Josef Wawrzyniak und der Monteur Hermann Remfeld festgenommen. Sie hatten in einem Falle einer Firma einen Motor im Werte von 1½ Millionen, im anderen Monteursachen im Gesamtwerte von 4½ Millionen Mk. gestohlen. Außerdem wurden je drei Personen wegen Taschendiebstahls, einfachen Diebstahls und Betruges in Untersuchungshaft genommen.

X Beschlagnahmte Diebesbeute. Im 8. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) befinden sich mehrere aus Diebstählen herrührende Transmissionslager. — Vom 5. Polizeirevier (auf der Wallischei) sind folgende, aus Diebstählen herrührende Gegenstände beschlagnahmt worden: ein Damenpelz mit schwarzem Überzug, innen hellbrauner Pelz mit weißen Punkten, dunkelbraunem Kragen, vorn drei Knöpfe; ferner zwei schwarze Damensamtjacketts, eines mit halbseidenem blauen, das andere mit halbseidenem weißen Futter; ein dunkelblauer Herrenanzug für eine mittlere Figur; ein Fernsprechapparat, zwei Benzinbassins mit je 300 Litern; ein Faß mit 300 Litern Maschinenöl; ein elektrischer Stromzähler Nr. 173 061. Die Sachen können in den genannten Polizeirevieren besichtigt werden.

X Große Einbruchsdiebstähle. Aus der Makkaronifabrik an der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berlinerstr.) wurden durch Einbruch zahlreiche Messingformen zur Herstellung von Makkaroni im Werte von 12 Millionen Mk. gestohlen. — Aus dem Grundstück ul. Grunwaldzka 16 (fr. Auguste Viktoriastr.) wurden mehrere Meter Kabel in Bleimänteln im Gesamtwerte von 10 Millionen Mk. gestohlen.

*** Birnbaum, 21. Februar.** Wie der hiesige „Stadt- und Landbote" berichtet, soll dieser Tage im nahen Merine ein etwa 14jähriger Knabe, der unlängst mit seinen Eltern aus Kongreßpolen nach dem genannten Orte zugezogen ist, beim Betreten des Eises im Überschwemmungsgebiet eingebrochen und ertrunken sein. Obgleich ein Grenzzollbeamter selbst den Sprung in das kalte Wasser nicht scheute, gelang es doch nur, den Knaben als Leiche zu bergen.

*** Exin, 20. Februar.** Am Sonntag fand hier in der evangelischen Kirche die Weihe dreier neuen Glocken statt, die an Stelle der im Weltkriege anderweitig verwandten aus den Erträgen der alten Glocken bzw. aus freiwilligen Spenden von der Glockengießerei Schilling und Lattermann in Apolda für fünf Millionen Mark polnisch beschafft worden sind. Der Weihegottesdienst war sehr stark besucht; auch viele auswärtige Gäste nahmen daran teil. Den Weiheakt vollzog der Generalsuperintendent D. Blau-Posen auf Grund des Schriftworts Ps. 29. Knieend wurde das Weihegebet gesprochen. Die Glocken läuteten erst einzeln, dann alle zusammen, während die Gemeinde mit lauter, fester Stimme das alte Lutherlied: „Ein' feste Burg ist unser Gott" als ihr Bekenntnis sang. Die Festpredigt des Ortspfarrers Schulze über Offenbarung Joh. 21, 5—6 wollte die Sprache der neuen Glocken erklären und ihre Inschriften: 1. Gott ist mein Lied, 2. Gott ist Sonne und Schild, 3. Ehre sei Gott in der Höhe! Die Feier wurde eingerahmt durch Vorträge eines auffallend stark besetzten Posaunenchors, des Exiner Kirchenchors und des Mädchenbundes. Beim Ausgang aus der Kirche erklangen wieder die neuen Glocken in ihrem klaren vollen Geläut. Im Hotel „Roffeck" vereinigten sich die Ehrengäste und die Mitglieder der kirchlichen Gemeindekörperschaften, sowie eine Anzahl interessierter Gemeindeglieder zu einem gemeinsamen Mittagessen. Unter den Gästen befand sich auch der Vorsitzende des Deutschen Sejmklubs in Warschau, Landrat a. D. Naumann. Rittergutsbesitzer Landgraf begrüßte die Gäste im Namen der Gemeinde; ihm dankte Generalsuperintendent D. Blau, der den Opfergeist und Gemeinsinn der Evangelischen Exins hervorhob, dem sie in schwerer Zeit ihre neuen Glocken zu verdanken hätten. Pfarrer Gürtler-Lindenbrück überbrachte den Gruß seiner von Exin abgezweigten Gemeinde an die Exiner Muttergemeinde. Am Nachmittag fand eine Gemeindefeier in der Kirche statt, die wiederum außerordentlich stark besucht war.

□ Graudenz, 20. Februar. Hingerichtet wurde heute früh durch Erschießen der wegen des im Oktober 1921 verübten dreifachen Mordes an der Familie Kubiak in der Festungsstraße im vergangenen Jahre zum Tode verurteilten Maciej Kendralla. Noch auf der Richtstätte beteuerte er wiederholt lebhaft seine Unschuld.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

N. G 44. Eine nähere Anschrift ist auch uns nicht bekannt. Schreiben Sie doch einfach an den „Verband der Hypothekengläubiger in Bydgoszcz".

G. B. 100. Da Sie für Deutschland optiert haben, gelten Sie jetzt als Reichsdeutscher. Wegen der Wiedererlangung der polnischen Staatszugehörigkeit müssen Sie einen Antrag an die Wojewodschaft stellen.

A. J. Sie sind nicht verpflichtet, zu den Vermessungskosten mit beizutragen. Hat Ihr Nachbar das Bedürfnis, die Grenze neu festzulegen, dann muß er auch die Kosten selbst übernehmen.

H. in N. Ihre Frage hatten wir sofort im bejahenden Sinne beantwortet.

B. in O. 1. Das amerikanische Konsulat ist nicht geschlossen gewesen, es hat nur zeitweise keine Sichtvermerke ausgestellt; jetzt kann man diese wieder dort erhalten. Wegen der zur Abwanderung erforderlichen Papiere wenden Sie sich am besten an das amerikanische Konsulat selbst. 2. Die Schiffsfahrkarte verliert mindestens ein Jahr lang ihre Gültigkeit nicht. Lassen Sie sich doch nicht früher die Karte schicken, bevor Sie die Abwanderungsgenehmigung haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Vom deutschen Zuckermarkt. Erneute Freigaben gestalteten den Verkehr an den Zuckermärkten lebhafter als in den letzten Wochen, sowohl in Rohware als auch in raffiniertem Verbrauchszucker. Eine unangenehme Beigabe ist immer noch der Preisunterschied zwischen den an den Markt gekommenen Freigaben. Die vorletzte (26 000 Mk. für den Zentner, Grundlage und Frachtgleiche Magdeburg) wird naturgemäß, sofern aus ihr noch Ware zu haben ist, bevorzugt, während die aus der letzten Freigabe stammenden Posten (40 000 Mk. für den Zentner) vorläufig noch zögernd aufgenommen werden. Für die Zucker verarbeitenden Gewerbe ist nunmehr auch eine Freigabe erfolgt. Die Preise sind im Gegensatz zu der sonstigen Übung nur wenig höher als die Preise für den sogenannten Mundzucker gesetzt worden. Besondere Vergünstigungen sind dabei den Marmeladefabriken eingeräumt worden. In Auslandszucker herrschte in den letzten Tagen nach längerer Zeit sehr zuversichtliche Haltung bei steigenden Preisen. Den Anlaß dazu hat Amerika gegeben, wo die Nachfrage von neuem in starkem Maße einsetzte. Zuckermelasse erzielte bei guter Nachfrage 14 000 Mk. und mehr für den Zentner.

= Ueber die innere Goldanleihe des Deutschen Reiches im Betrage von 200 Millionen Goldmark, die zum 1. März aufgelegt werden soll, findet sich Näheres im Hauptblatt unter „Deutsches Reich".

= Kapitalserhöhung der Deutschen Bank. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank beschloß, das Grundkapital um 700 Millionen Mark neuer Aktien auf 1500 Millionen Mark zu erhöhen. 200 Millionen Mark Aktien sollen im Verhältnis von 4:1 zu einem von der Generalversammlung zu bestimmenden Kurse den Aktionären zum Bezuge angeboten werden.

= Die Tschechoslowakei auf der Leipziger Messe. Die tschechoslowakische Meß- und Außenhandelsgesellschaft „Praga" in Leipzig versendet einen „Führer durch das tschechoslowakische Messehaus", „Ackerleins Hof", Leipzig Markt 11. Der Führer ist zu beziehen von Herrn Otto Miz, dem ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Messeamtes für Westpolen, in Posen, Kantaka 6a, Tel. 2896.

Warschauer Börse vom 21. Februar.

Devisen:

Belgien	. 2500 2635. 2550	Paris	. . 2825 3000, 2975
Berlin	. . 1.85, 1.95 1.85	Prag	. . 1390 1485
Danzig	. 1.85 1.95 1.85	Schweiz	9150 9800, 9250
London	216 000 228 000 227 000	Wien	. . 65.25, 67, 66.50
Neuyork	. 45 000, 48 500, 48 300		

Danziger Frühkurse vom 22. Februar.

Die polnische Mark in Danzig 44
Der Dollar in Danzig 21 000

Berliner Börsenbericht

vom 21. Februar.

Disk.-Komm.-Anleihe	14 000.—	Polnische Noten	50.—
Danz. Priv.-Aktienbank	1500.—	Auszahlung Holland . .	9 100 —
Hartmann Masch.-Aktien	20 000.—	„ London .	1 8 000 —
Phönix	14 000 —	„ Neuyork . .	23 000.—
Schuckert	36 000 —	„ Paris . . .	1 410.—
Hapag	46 500 —	„ Schweiz . .	4 340 —
3½% Pos. Pfandbriefe	180.	Ungarische Goldrente	. 69 000.—
Auszahlung Warschau .	48.—		

Danziger Mittagskurse vom 22. Februar.

Die poln. Mark in Danzig 42
Der Dollar in Danzig 22 000

Berliner Produktenbericht vom 20. Februar.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	57000—60000	für 100 kg....	135000—145000
westpreußischer ..	—	Weizenkleie.......	30000—32000
schlesischer	—	Roggenkleie.......	34000—35000
Roggen		Raps	100000—105000
märkischer	49000—50000	Leinsaat	—
pommerscher	—	**Hülsenfrüchte**	
Gerste		Viktoriaerbsen	80000—90000
Wintergerste ...	47000—48000	kl. Speiseerbsen....	60000—70000
märkische	43000—44000	Futtererbsen	—
schlesische	—	Peluschken	90000—110000
Hafer		Ackerbohnen.......	60000—70000
märkischer	43000—44000	Wicken	90000—110000
westpreußischer ..	41000	Blaue Lupinen....	50000—70000
schlesischer	—	Gelbe „ ...	50000—110000
mecklenburger ...	—	Serradella	120000—150000
Mais		Rapskuchen	38000
loko Berlin.....	58000—60000	Leinkuchen	—
frei Hamburg ...	—	Trockenschnitzel	20000—21000
Weizenmehl		Torfmelasse	95—20000
für 100 kg ...	145 000—160 000	Kartoffelflocken	30—32000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.